

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident André Kuper: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie herzlich zu unserer heutigen, 102. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **zehn Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

(Präsident André Kuper tritt an das Redepult.)

Nachruf auf den verstorbenen Ministerpräsidenten a. D. Wolfgang Clement

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wolfgang Clement ist am 27. September 2020 im Alter von 80 Jahren in Bonn verstorben. Mit ihm verliert unser Land einen Menschen, der die demokratische Kultur mit Gestaltungswillen und politischer Streitlust über viele Jahre bereichert und geprägt hat.

Sein Werdegang als Sohn einer Maurerfamilie aus Bochum in höchste politische Ämter bleibt ein beeindruckendes Stück deutscher Nachkriegsgeschichte und ein Beispiel für Chancengleichheit.

Neun Jahre, von 1993 bis 2002, war Wolfgang Clement Abgeordneter in diesem Hause. Sein persönlicher Lebensweg ist mit dem Landtag Nordrhein-Westfalen noch über eine weitaus längere Strecke verbunden. Als Journalist und Chefredakteur hat er das politische Geschehen zunächst beobachtend und kommentierend begleitet. Später erfolgte sein Wechsel in die gestaltende politische Rolle als Chef der Staatskanzlei und Minister für besondere Aufgaben in den Jahren der deutschen Wiedervereinigung, als Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr und schließlich, in den Jahren 1998 bis 2002, als Ministerpräsident dieses Landes.

Mit dem Amt des Superministers für Wirtschaft und für Arbeit erreichte sein politisches Streben auf der Bundesebene seinen Höhepunkt.

Wolfgang Clement hat sich in seinem politischen Engagement nie gescheut, kontroverse Positionen nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten.

Noch vor wenigen Jahren hat er in einem Interview gesagt: „Die Möglichkeit, Dinge zu verändern, hält mich wach.“

So werden wir ihn in Erinnerung behalten. Wolfgang Clement war ein wacher, zur Veränderung bereiter Demokrat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich im Gedenken an Wolfgang Clement von Ihren Plätzen zu erheben.

(Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den ursprünglichen Tagesordnungspunkt 8 – Antrag der Fraktionen von CDU und FDP mit dem Titel „Innovationsschub für Nordrhein-Westfalen – Den Fördermitteleinsatz des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) neu ausrichten“ Drucksache 17/10980 – mit dem ursprünglichen Tagesordnungspunkt 9 – Antrag der Fraktionen von CDU und FDP mit dem Titel „Partizipation an EU-Programmen sicherstellen – Die Landesregierung darf die Kommunen nicht im Stich lassen!“ Drucksache 17/11177 – zu verbinden. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

erste Lesung

Und:

Finanzplanung 2020 bis 2024 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 17/11101

Zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2021 und der Finanzplanung erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper*, Minister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In vielerlei Hinsicht gleicht die Coronakrise einem weltweiten Unwetter, das alles durcheinanderwirbelt. Die Ökonomen sprechen von einem exogenen Schock. Die Finanzen bleiben nicht verschont.

Wie für so viele Bereiche unseres Lebens derzeit gilt auch hier in dieser außergewöhnlichen Zeit: Mit Routine lässt sich eine solche Krise nicht bewältigen. – Gerade deshalb merken wir, wie wichtig ein stabiles Grundgerüst ist, sei es das soziale Umfeld, sei es die Familie, oder sei es ein finanziell leistungs- und

handlungsfähiger Staat. Wo ein solcher Stabilitätsanker fehlt, weht der Sturm alles um.

Als wir im Sommer 2017 die Regierungsgeschäfte in Nordrhein-Westfalen übernahmen, konnte niemand einen solchen Sturm erwarten, wie er keine drei Jahre später in Form der Coronakrise auch über unser Land hinwegzog. Es liegen auch – um im Bild zu bleiben – immer noch dichte Wolken über uns.

Aber eines lässt sich heute mit ein wenig zeitlichem Abstand sicher feststellen: Die neue Haushaltsarchitektur hat ihren ultimativen Krisentest als stabiles Grundgerüst bestanden. Nordrhein-Westfalen blieb zu allen Zeiten finanziell handlungsfähig und auch finanziell handlungsbereit, und zwar, ohne den Sinn für Maß und Mitte zu verlieren und ohne das Ziel aufzugeben, wieder ein Aufsteigerland für alle zu werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Beides – eine Haushaltspolitik mit Maß und Mitte auf der einen Seite und das Ziel, wieder mehr Aufstieg für jede und jeden in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen, auf der anderen Seite – sind keine Widersprüche. Ganz im Gegenteil: Beides bedingt einander. Beides bleibt auch Markenzeichen unserer Haushaltspolitik.

Das gilt in Krisenzeiten umso mehr. Schon vor 2.500 Jahren wusste Konfuzius, dass sich der Weise auch in der Krise nicht ändert. Wenn sich das Grundgerüst im Sturm bewährt hat, dann sollte man es stärken und nicht abreißen.

Deswegen sollten wir zwei Dinge voneinander unterscheiden. Das eine ist die langfristige Entwicklung unseres Landes. Für diesen Bereich gilt: Wir werden nicht nachlassen, Nordrhein-Westfalen wieder zum Aufsteigerland zu machen. Wir haben dieses Land 2017 in einem bedauernswerten Zustand übernommen. Das gilt es Schritt für Schritt zu verbessern, auch und gerade in der Krise, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das andere sind die kurzfristigen direkten und indirekten Folgen der Epidemie. Hier gilt für die Haushaltspolitik eigentlich das Gleiche wie für andere Politikfelder und Lebensbereiche, nämlich frei nach Lortie: Der Intelligente sucht nach Lösungen, der Idiot sucht nach Schuldigen – so wie im Übrigen viele kleine Ladengeschäfte oder Restaurants Lösungen gesucht haben, kurzerhand ihre Dienstleistungen online oder mit Lieferdiensten angeboten haben, so wie viele in Nordrhein-Westfalen flexibel reagiert haben.

Deswegen bleibt Zupacken in der Krise das Gebot der Stunde.

Daher bin ich froh darüber, dass wir in diesem Haus keine Zeit vergeudet haben und gemeinsam innerhalb weniger Tage und Wochen mit breiter

parlamentarischer Unterstützung einen bis zu 25 Milliarden Euro großen Rettungsschirm über Nordrhein-Westfalen aufspannen konnten. Das Gegenteil von Routine war gefragt, und das gesamte Parlament hat in Einmütigkeit diese Lösung schnell gefunden.

Zu ganz Nordrhein-Westfalen kann man sagen: Wie immer in unserer Geschichte hat dieses Land enormes Improvisationsvermögen an den Tag gelegt. Insgesamt rund 6,8 Milliarden Euro konnten als schnelle Hilfe für diejenigen mobilisiert werden, die über Nacht vor existenziellen Problemen standen. Als es darauf ankam, stand unser Land auch in den Fragen der Finanzen zusammen.

Das war richtig so. Denn so konnten in der Hochzeit der Krise wichtige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Strukturen erhalten bleiben – mit einem maßgeschneiderten Nordrhein-Westfalen-Programm, das gemeinsam mit dem Bund durch zusätzliche konjunkturelle Wachstumsimpulse ergänzt werden konnte; Gesamthöhe für Nordrhein-Westfalen: 8,9 Milliarden Euro.

Deshalb schlagen wir als Landesregierung jetzt vor, den mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2020 bewährten Rettungsschirm zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Coronakrise in den nächsten beiden Jahren fortzuführen, um auch künftig flexibel und zeitnah auf die sich ergebenden Herausforderungen reagieren zu können.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, um es deutlich zu sagen: Es darf in dieser Situation keinerlei Zweifel daran entstehen – und wir werden dafür sorgen, dass das auch nicht passiert –, dass wir alles Verantwortbare tun werden, um diese Krise zu überwinden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber die Not sollte keinen Vorwand dafür liefern, auch gleich auf allen anderen Gebieten erfinderisch zu werden – vor allem dann nicht, wenn sich die Kreativität immer nur auf mehr Ausgaben und weniger Transparenz richtet, nie umgekehrt. Wer das tut, der legt die Axt an die Stabilität unseres haushalts- und finanzpolitischen Grundgerüsts.

Das unterscheidet uns übrigens auch ein Stück weit vom Bund. Der Bund hat die Kreditaufnahme in den Jahren 2020 bis 2024 jeweils deutlich über den erwarteten Steuermindereinnahmen geplant. Allein im nächsten Jahr, 2021, sieht der Entwurf von Finanzminister Scholz eine Nettokreditaufnahme von mehr als 96 Milliarden Euro vor, obwohl die erwarteten Steuermindereinnahmen – in Anführungsstrichen – „nur“ bei rund 42 Milliarden Euro liegen sollten. In einem einzigen Jahr klafft also beim Bund eine Lücke zwischen coronabedingten Steuermindereinnahmen und neuen Kreditaufnahmen in Höhe von über 50 Milliarden Euro. Bis einschließlich 2024 rechnet Herr

Scholz mit deutlich höheren Schulden im Verhältnis zu den Steuermindereinnahmen.

Im Vergleich dazu: Nordrhein-Westfalen plant in den Jahren 2021 und 2022 Schulden für den Rettungsschirm. Diese werden aber niedriger sein als die Steuermindereinnahmen. Für 2021 planen wir eine Verschuldung des Schirms von 5,1 Milliarden Euro bei Steuermindereinnahmen von 5,5 Milliarden Euro.

Wir trennen auch, wie ich gesagt habe, die coronabedingten Ausgaben transparent vom Rest des Haushaltes. Der Rest des Haushaltes ohne coronabedingte Sondereinflüsse ist, wie wir das immer versprochen haben, ohne jede Verschuldung geplant.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wie der Bund werden wir die Rücklage im Haushalt schrittweise einsetzen. Allerdings beginnen wir in Nordrhein-Westfalen bereits im Jahr 2021 mit über 500 Millionen Euro. Im Jahr 2022 werden es weitere 200 Millionen Euro sein. Der dann noch verbleibende Bestand der Allgemeinen Rücklage in Höhe von immer noch über 600 Millionen Euro wird in 2023 aufgelöst werden. Der Bund will das alles erst ab 2022 machen.

Wir sind auch wesentlich transparenter. Beim Bund fließen enorme zusätzliche Milliardensummen aus neuen Krediten in weitere separate Sondervermögen. Wir hingegen werden strikt und transparent trennen. Der Rettungsschirm wird über Schulden am Kreditmarkt finanziert. Dieser finanziert wiederum alle direkten und alle indirekten Folgen von Corona. Der allgemeine Haushalt bildet all das ab, was frei von den coronabedingten Sondereinflüssen ist.

Deswegen gehen wir einen haushaltspolitischen Weg, der sich als erfolgreich erwiesen hat, weiter – einen Weg mit Maß und Mitte, mit Transparenz, aber auch mit der gebotenen fiskalpolitischen Vorsicht und Sorgfalt.

Klar ist: Jeder Rettungseuro muss auch wieder zurückgezahlt werden. Das verlangt die Schuldenbremse. Das sind wir aber auch den nachfolgenden Generationen schuldig. Deswegen haben wir eine mittelfristige Finanzplanung aufgestellt, die für das Jahr 2023 die Rückkehr zur haushaltspolitischen Normalität vorsieht und die für das Jahr 2024 den Einstieg in die Tilgungen ins Visier nimmt. Denn die Krise darf kein Dauerzustand werden. Wir müssen sie so lösen, dass wir sie nicht auf dem Rücken der nächsten Generationen austragen und ihnen alle Bewegungsspielräume nehmen, die sie möglicherweise verdienen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb müssen wir unsere Kraft dafür einsetzen, stärker aus dieser Krise herauszukommen, als wir hineingegangen sind – mit mehr Wachstum, mit mehr Innovation und mit mehr Dynamik. Das

bedeutet: Corona wird uns nicht vom Weg zurück an die Spitze abbringen.

Im Gegensatz zu anderen Regionen setzen wir schon seit drei Jahren genau die Schwerpunkte, auf die es nach dieser akuten Krise umso stärker ankommen wird, nämlich eine entfesselte, digitalisierte, moderne Wirtschaft, die Stärkung von Familien und beste erstklassige Bildung sowie höchste Sicherheit im ganzen Land und in allen Städten und Gemeinden.

Das sind die Rahmenbedingungen für Aufstieg für jede und jeden in Nordrhein-Westfalen. Das soll weiter möglich bleiben und wird – mit oder ohne Corona – dauerhaft zu den finanziell zu tragenden Kernaufgaben gehören.

Wir haben also klare Prioritäten – eingebunden in ein genauso klares ordnungspolitisches Konzept. Dieses sieht, wie Sie wissen, vor, vor allen Dingen den Menschen in Nordrhein-Westfalen wieder mehr zuzutrauen und ihnen gleichzeitig mehr zu ermöglichen. Der einzelne Mensch bleibt im Mittelpunkt unserer Politik, und der Staat sorgt für die notwendigen Rahmenbedingungen. Der Mensch im Fokus und der Staat als Ermöglicher – und nicht umgekehrt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese Kernidee der sozialen Marktwirtschaft muss auch künftig in Nordrhein-Westfalen Bestand haben; denn sie schafft das notwendige stabile Grundgerüst für morgen. Sie prägt den neuen Landeshaushalt 2021 und die mittelfristige Finanzplanung. Das ist auch der Grund dafür, dass der Entwurf für den regulären Landeshaushalt 2021 ohne die coronabedingten Sonderaufwendungen keine Schulden aufweist; denn wir bleiben auch in unruhigen Zeiten stabil.

Ja, wir ändern die in unserer aktuellen mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Gesamtausgaben weder nach oben noch nach unten; denn wir haben durch unseren haushaltspolitischen Kurs von Maß und Mitte die Haushaltswende von Verschuldungshaushalten zum Anlegen von Rücklagen geschafft – mit besserer Vorsorge, mit umsichtiger Haushaltspolitik. Diese Politik seit 2017 hat überhaupt erst die Möglichkeiten dafür geschaffen, flexible Hilfe jetzt in der Not auch anbieten zu können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hier liegt übrigens auch der Grund dafür, dass Nordrhein-Westfalens gute Bonität selbst in der Krise erneut von Standard & Poor's bestätigt wurde. Unsere berechenbare Haushaltspolitik führen die Analysten explizit als einen der unverzichtbaren Gründe an. Wichtig sei der in dieser Landesregierung feststellbare Mindset für eine umsichtige Haushaltspolitik, die beispielsweise im Gegensatz zu Vorgängerregierungen nicht auf eine Zero-Cash-Strategie setze,

sondern durch Vorsorge die Abhängigkeit von kurzfristigen Schulden reduziere. – Das ist nicht aus der Propagandaabteilung der Landesregierung, sondern das ist von Standard & Poor's, meine Damen und Herren, und das ist auch richtig so.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Umgekehrt folgt daraus, dass eine Rückkehr zur alten, auf Kante genähten Haushaltspolitik unmittelbare Gefahren für Nordrhein-Westfalens Bonität zur Folge hätte. Gerade in diesen Jahren dürfen wir es dazu nicht kommen lassen.

Standard & Poor's spricht übrigens weiter im Zusammenhang mit der 2019 durch das Land emittierten 100-jährigen Anleihe von einer Pionierleistung. Das hat vor uns so noch niemand gemacht. Deswegen ist festzustellen, dass auch neutrale Analysten diese Politik positiv bewerten.

Unsere Haushalts- und Finanzpolitik mit Mitte und Maß lässt sich übrigens hervorragend mit sozialen und ökologischen Zielen im Industrie- und Energieland Nordrhein-Westfalen vereinbaren. Weil Nordrhein-Westfalen Vertrauen an den Finanzmärkten genießt, konnten wir in den vergangenen Jahren sieben Nachhaltigkeitsanleihen mit einem Gesamtvolumen von 13 Milliarden Euro auf den Finanzmärkten platzieren. Damit ist Nordrhein-Westfalen der größte öffentliche Emittent von Nachhaltigkeitsanleihen weltweit und das erste und bisher einzige deutsche Bundesland, das Anleihen in diesem Bereich begibt.

Das ist nur konsequent. Denn vor einem Jahr habe ich hier auf die große Bedeutung unseres Vertrauens an den Finanzmärkten hingewiesen. In einem Notfall, habe ich im Herbst 2019 gesagt, wäre dies im wahrsten Sinne des Wortes Gold wert, weil wir uns dann selber helfen können.

Jetzt hat sich das schnell bewahrheitet. Es ist deutlich geworden, dass diese Einschätzung richtig ist. Denn heute stellen wir einen Rückgang der zu erwartenden Steuereinnahmen fest, dessen Höhe ich schon beschrieben habe. Spannend sind aber auch die Gründe dafür.

Allein 1,5 Milliarden Euro fehlen aufgrund der Corona-Steuerhilfegesetze des Bundes. Hinzu kommen rund 3,6 Milliarden Euro, die wegen der drastischen Corona-Wirtschaftseinbrüche fehlen. Daneben müssen allein für die Vorsorge für das Zweite Familienentlastungsgesetz einschließlich einer Kindergelderhöhung zum 1. Januar 2021 zusätzliche Mittel in Höhe von gut 260 Millionen Euro bereitgestellt werden. Weitere coronaunabhängige Steuerrechtsänderungen wirken sich darüber hinaus mit noch einmal 100 Millionen Euro aus.

Wenn man sich diese vielfältigen Gründe für die Steuermindereinnahmen anschaut, stellt man fest, dass das letztlich eine Bestätigung unserer Politik ist,

wie wir darauf antworten: konsolidieren, investieren und modernisieren.

Konsolidieren bedeutet, beim regulären Haushalt Positionen zu hinterfragen und noch stärker als ohnehin zu priorisieren.

Investieren müssen wir gut geplant und durchdacht. Denn ein Ansparen gegen die Krise – auch das ist wahr; das steht im Grunde spätestens seit Heinrich Brünnings Sparpolitik am Ende der Weimarer Republik fest – wäre ökonomischer Unfug und gefährlich. Deswegen werden wir die Investitionen im allgemeinen Landeshaushalt um mehrere Hundert Millionen Euro erhöhen. Das ist gut für die Wirtschaft und gut für das Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dazu gehört auch das Modernisieren. Es geht darum, weiter am Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen zu arbeiten – mit vielen Schwerpunkten. „Homeoffice“, „Homeschooling“ und „Videokonferenzen“ sind einige Stichworte, die in unser aller Köpfe sind und die Bedeutung von Digitalisierung noch einmal nachdrücklich unterstrichen haben. Deswegen ist es notwendig, die Improvisationskraft, die dank digitaler Technologien gegeben ist, in Wachstumspotenziale zu verwandeln und diese auch zu heben.

Die weltweit zunehmend digitalisierte Wirtschaft bedeutet für Nordrhein-Westfalen nämlich eine enorme Chance, als Logistik- und Know-how-Zentrum mitten im Herzen Europas eine zentrale wirtschaftliche Rolle zu spielen. Deshalb fließen weitere 191 Millionen Euro Landesmittel in die Gigabit-Förderung für eine moderne digitale Infrastruktur. Wir werden über die gesamte Legislaturperiode mit zusätzlichen fast 3 Milliarden Euro für Digitalisierung, Innovation und Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen mehr investieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass dies gut investiertes Geld ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch Verwaltung muss digitalisiert und digitaler werden. 118 Millionen Euro allein in 2021 zusätzlich für die Umsetzung des E-Government-Gesetzes machen das deutlich.

Aber auch die analoge Infrastruktur muss nutzerfreundlicher werden. Jeder bzw. jede in Nordrhein-Westfalen, der bzw. die unterwegs ist, weiß, dass wir stets notwendige Verbesserungen unserer Verkehrsinfrastruktur benötigen. Deshalb investieren wir allein im nächsten Jahr 2021 zusätzlich 35 Millionen Euro in unsere Landesstraßen. Wir werden übrigens auch weiterhin zusätzliche Radwege bauen, weil wir eine ausgeglichene Verkehrspolitik mit Maß und Mitte betreiben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es kommt auch in dieser Krise darauf an, finanziell handlungsfähige Kommunen als Wachstumstreiber

zu erhalten. Deshalb schlagen wir vor, die Zuweisungen für das Jahr 2021 im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes weiter auf der Grundlage der bisherigen Mittelfristigen Finanzplanung vorzunehmen. Die Differenz zum tatsächlichen Steuerverbund wird das Land aus dem Rettungsschirm den Kommunen zur Verfügung stellen und erst dann wieder zurückbekommen, wenn für die Kommunen die Einnahmen wieder steigen, wie für das Land auch.

Das ist Planungssicherheit. Das ist ein Riesenschritt, neben der Entlastung bei den KdU und anderen Entlastungen für die Kommunen. Es kommt darauf an, dass Kommunen weiter investieren können. Wir werden das ermöglichen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zur Familienpolitik: Gerade die Familie bleibt die Mitte der Gesellschaft. Die Familien gehören zu den unverzichtbaren Leistungsträgern. Sie halten den ganzen Laden am Laufen. Denn ohne familiäre Solidarität, ohne das Einstehen füreinander und die Erziehung von Kindern, gibt es keine krisenfeste Gesellschaft.

Arbeit und Familie unter einen Hut zu bekommen, war schon vor Corona keine leichte Aufgabe. Aber in der Krise wuchsen vielen Familien geradezu über sich hinaus. Das war großartig. Es darf aber nicht die Regel werden.

Die leider notwendige Schließung von Schulen und Kitas zu Beginn der Pandemie hat überdeutlich gemacht, wie wichtig gute Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind. Deswegen investieren wir nochmals massiv in diese wichtigen Strukturen. Nachdem wir zuletzt unter anderem die Beitragsfreiheit für das vorletzte Kita-Jahr erreicht haben, werden wir jetzt für eine weitere Qualitätssteigerung der Kinderbetreuung sorgen und zur Finanzierung der Kinderbetreuungsplätze zusätzlich fast 440 Millionen Euro zur Verfügung stellen, darüber hinaus weitere 115 Millionen Euro für die Schaffung weiterer Betreuungskapazitäten. Das ist eine Investition in die Kleinsten und Schwächsten unserer Gesellschaft. Deswegen ist sie von ganz besonderer und zentraler Bedeutung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch in den Schulen wollen wir mehr ermöglichen. Wir bauen das Angebot des Offenen Ganztags im Primarbereich um weitere 25.000 Plätze auf dann insgesamt fast 355.000 Plätze aus und stellen auch im neuen Haushalt wieder Stellen für 4.000 neue Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung.

Nordrhein-Westfalens Hochschulen und Forschungseinrichtungen gehören zu den besten Deutschlands. Hier entstehen häufig innovative Ideen, auch und gerade für die Wirtschaft. Denken Sie nur an das Forschungszentrum Jülich, das wir beispielsweise bei der Bewerbung als Standort für einen geplanten

Höchstleistungsrechner mit zusätzlichen Mitteln unterstützen wollen.

Bestmögliche Bildung ist der Schlüssel zum Aufstieg. Das gilt für die Zeit nach der Krise umso mehr, und deshalb bleibt erstklassige Bildung eine Toppriorität dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, viel zu oft mussten wir in den letzten Wochen und Monaten von erschreckenden Fällen von Kindesmissbrauch und Schlimmerem hören. Die Nachrichten hierzu haben uns, glaube ich, alle sehr erschüttert. Es ist uns ein Anliegen, insbesondere die Kleinsten unserer Gesellschaft ganz besonders zu schützen. Deswegen werden zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität neue Kapazitäten für 105 Spezialistinnen und Spezialisten geschaffen, die im Kampf gegen diese schrecklichen Verbrechen eingesetzt werden. Ich bin Herbert Reul für die Pläne, die dahinterstehen, ganz besonders dankbar. Das ist eines der zentralen Felder, die wir angreifen müssen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Darüber hinaus werden wir 785 neue Planstellen zur Übernahme von Polizeianwärterinnen und -anwärtern sowie fast 100 neue Stellen für eine bessere Gewinnung und Ausbildung von qualifiziertem Personal schaffen. 2.760 junge Kommissaranwärterinnen und -anwärter können wir im Jahr 2021 einstellen. Das ist Ausdruck dessen, was wir hier seit 2017 sagen.

Der Dienst für unser aller Sicherheit bereitet uns in der heutigen Lebenswirklichkeit wahrlich nicht nur Freude. Wer seine Kraft dafür einsetzt, der verdient unser aller Dank und Anerkennung. Das gilt ganz besonders für die Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen, die einen extrem fordernden Job täglich als Berufung annehmen und ausfüllen. Das darf in diesen Tagen nicht untergehen. Deshalb geht von diesem Haushalt die klare Botschaft aus: Wir als Landesregierung stehen gerade in diesen Zeiten hinter der Polizei in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schneller als von uns allen erwartet, stehen wir heute, im Herbst 2020, an einer grundsätzlichen finanzpolitischen Wegmarke für Nordrhein-Westfalen. Wir müssen uns entscheiden: Verlieren wir in dieser pandemiebedingten Krise unseren Mut, unsere Zuversicht und unseren Glauben daran, dass dieses Land zwischen Rhein und Weser seinen Weg zum Aufsteigerland aus eigener Kraft fortsetzen kann?

Für diesem Fall liegen die verstaubten Rezepte von vorgestern in den Schubladen, wahrscheinlich auch in diesem Haus. Dann würde der Staat das Ruder auf Dauer übernehmen, mit dauerhaft hohen Staatsquoten und ungedeckten Schecks auf die Zukunft, und das politische Düsseldorf würde dann wieder auf

Jahrzehnte hinaus bis ins kleinste Detail darüber bestimmen, welche Idee wo wie wann und von wem umzusetzen wäre. Das Ergebnis kennen wir in Nordrhein-Westfalen besser als andernorts. Schließlich zahlen wir alle zusammen in unserem Land immer noch etwa 2 Milliarden Euro Zinsen jährlich für die Folgen einer solchen mutlosen Politik, die den Menschen in Nordrhein-Westfalen weder mehr zutraute, noch mehr ermöglichte, sondern sie bestenfalls lieblos verwaltete.

Diese Betrachtung der Vergangenheit lehrt uns: Wir müssen eine mutvolle, klare Perspektive für die Menschen bieten, ihnen mehr zutrauen und ihnen mehr ermöglichen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Oder um es mit den Worten von Thomas Alva Edison schöner zu sagen: Das Schöne an einem Fehler ist, man muss ihn nicht zweimal machen. – Deswegen werden wir diesen Fehler auch garantiert nicht wiederholen.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land von Pionieren. Aufstieg klappte an Rhein, Ruhr und Lippe vor allem in den Gründerjahren, weil sich nach der Jahrhundertkrise des Zweiten Weltkriegs die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt hat.

Die Coronakrise geht nicht auf ein Versagen der Sozialen Marktwirtschaft zurück. Im Gegenteil: Gott sei Dank haben wir sie. Unsere in der Krise weltweit beneidete, effiziente, leistungsfähige Möglichkeit eines modernen Gesundheitssystems mit einem fair ausgestalteten gesetzlichen Pfeiler und einem innovativen marktwirtschaftlich verankerten privaten Pfeiler steht geradezu mustergültig dafür. Da, wo der Markt per se keine Lösungen bietet, ist ein klug handelnder und wirtschaftender Staat in der Pflicht.

Deshalb, um im Beispiel zu bleiben, werden wir das nordrhein-westfälische Gesundheitssystem mit einem eigenen Sonderprogramm im Umfang von 1 Milliarde Euro stärken, uns mit 270 Millionen Euro am „Zukunftsprogramm Krankenhäuser“ des Bundes beteiligen und mit dem neuen Haushaltsentwurf vorschlagen, auch die Universitätsmedizin mit 94 Millionen Euro zusätzlich auszubauen. Wann, wenn nicht in dieser Krise, wissen wir, dass das richtige Investitionen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber – jetzt kommt das Aber – eine solche Politik kann langfristig nur gelingen, wenn wir den neuen haushaltspolitischen Kurs aus Maß und Mitte beibehalten. Konkret bedeutet das: jetzt Hilfe in der Not, aber ab 2023 Rückkehr zur haushaltspolitischen Normalität und ab 2024 Einstieg in die Tilgung des Rettungsschirms. Das sind unsere Ziele.

Das Festhalten an diesem stabilen haushaltspolitischen Grundgerüst folgt einer optimistischen Vision

für unser Land: ein Nordrhein-Westfalen, das stärker aus der Krise kommt – mit neuen Ideen, mit Innovationen und mit neuem Wachstum.

Und, meine Damen und Herren, nichts drückt diesen Pioniergeist so stark aus wie unsere Bewerbung darum, die Champions der ganzen Welt zur Universiade Rhein-Ruhr 2025 und zu den Olympischen Sommerspielen 2032 bei uns willkommen zu heißen. Im Haushalt 2021 stellen wir rund 12 Millionen Euro mehr für die Sportförderung zur Verfügung als in 2020. Das ist übrigens ganz unabhängig von der Olympiabewerbung eine gute Idee für ein zukunftsfittes Nordrhein-Westfalen. Aber zugegeben: Was wäre das für ein tolles Signal für unser Land, wenn das mit Olympia klappte!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Man kann das nicht voraussehen, aber hier halte ich es ausnahmsweise mal mit Bertolt Brecht; denn der hat gesagt:

„Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Das gilt in einer Zeit ohne die gewohnte Routine erst recht. Deshalb, meine Damen und Herren: Verlieren wir nicht den Mut. Setzen wir weiter auf die Zukunft. Lassen Sie uns weiter gemeinsam am Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen arbeiten. Deshalb lautet meine herzliche Bitte: Stimmen Sie am Ende interessanter Beratungen diesem Haushaltsentwurf 2021 zu.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Ich danke Herrn Finanzminister und eröffne die Aussprache. – Als erstem Redner erteile ich für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Das Oktober-Plenum ist eigentlich ganz schön spät für die Einbringung eines Landeshaushaltes. Normalerweise hätten wir diese Debatte viel früher geführt. Das haben wir aber nicht. Die Regierung hat uns erklärt, dass zunächst die Zahlen der Steuerschätzung abzuwarten sind. Das war zumindest die offizielle Begründung.

Ich habe mir den Haushaltsentwurf in den letzten Tagen angeschaut und erkannt, dass diese Begründung nur vorgeschoben war. In Wahrheit wollten Sie, sehr geehrter Herr Lienenkämpfer, den Menschen bis zur Kommunalwahl vortäuschen, dass das Land den Kommunen durch die Pandemie helfen würde. Doch dieser Haushaltsentwurf erfüllt genau das Gegenteil.

(Beifall von der SPD)

In Ihrem Kommunalwahlprogramm haben Sie noch versprochen: Wir entlasten die kommunale Familie. – Doch jetzt ist es nach der Wahl. Jetzt können Sie sich an dieses Versprechen ganz offensichtlich nicht mehr erinnern. Schlimmer noch: Jetzt haben Sie Ihr Wahlprogramm sogar von der Homepage gelöscht. Sie haben so große Angst, dass es sich jemand noch einmal anschauen könnte. So viel Angst haben Sie – gelöscht.

Doch ich bin im Besitz eines absoluten Hightechproduktes, nämlich eines Druckers, und habe mir Ihr Wahlprogramm am 4. August noch einmal ausgedruckt. Ich habe es gelesen, auch wenn es sehr dünn war; es ging sehr schnell.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt weiß ich aber: Sie brechen Ihr Wahlversprechen. Sie lassen die Kommunen mit diesem Haushaltsentwurf brutal im Regen stehen.

(Beifall von der SPD)

Wir wissen doch alle, dass die Kommunen in den nächsten Jahren erhebliche Einnahmeausfälle zu verzeichnen haben. Das können die Kommunen nicht alleine schultern.

Trotzdem sieht dieser Haushaltsentwurf keinen Cent an Vorsorge für die Kommunen vor. Im Gegenteil. Durch das Gemeindefinanzierungsgesetz, das bis heute übrigens noch nicht vorgelegt worden ist – auch eine sehr einmalige Entwicklung in diesem Land –, ist zu erwarten, dass die Kommunen im Rahmen des Finanzausgleichs noch einmal deutlich weniger Geld bekommen. Anstatt dies aus dem Rettungsschirm auszugleichen, geben Sie – Sie haben das vorhin so schön formuliert, Herr Lienenkämper; man hätte Ihnen das fast glauben können, aber sagen wir es mal deutlich – den Kommunen kein Geld; Sie geben den Kommunen nur Kredite. Als ob die Kommunen in diesem Lande nicht schon genug Kredite hätten!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Kredite! Das ist die Wahrheit! – Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Apropos Kredite: In diesem Haushaltsentwurf hätten Sie auch einen substanziellen Anteil zur Altschuldenslösung der Kommunen leisten können. Machen Sie sich endlich mal für den Altschuldenfonds von Olaf Scholz stark. Kein anderes Land würde davon mehr profitieren als Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD – Sven Wolf [SPD]: Ganz genau!)

Die Kommunen stehen durch Corona vor massiven Mehrbelastungen. Hier wird zur Bewältigung der Pandemie die meiste Arbeit geleistet, doch Sie erkennen diese Leistungen der Kommunen nicht an. Im Gegenteil. Was werden die Kommunen machen?

Sie werden flächendeckend neue Schulden aufnehmen müssen – das gestatten Sie jetzt großzügig –, damit unsere Kinder in geheizten Schulgebäuden sitzen und wir mit dem Nahverkehr zur Arbeit fahren können.

Dabei sind noch 11 Milliarden Euro aus dem Rettungsfonds nicht verplant. Ihn haben wir übrigens im Frühjahr dieses Jahres in Höhe von 25 Milliarden Euro gemeinsam auf den Weg gebracht.

Warum tun Sie das nicht? Warum helfen Sie den Kommunen nicht direkt aus dem Rettungsfonds? Dann müssten Sie sich in Ihren eigenen vielfältigen Ausgabenwünschen bescheiden. Das scheidet bei Ihnen natürlich aus; das wollen Sie nicht. Deswegen ist dieser Rettungsschirm schon längst nicht mehr ein Rettungsschirm für die Menschen in diesem Land. Es ist ein Rettungsschirm für diese Landesregierung geworden.

(Beifall von der SPD)

Ja, Bescheidenheit und Armin Laschet passen nicht in einen Raum. So sieht man es zum Beispiel an den Ausgaben der Staatskanzlei: Armin Laschet hat das Ausgabenvolumen der Staatskanzlei von knapp 125 Millionen Euro im Jahre 2016 auf knapp 360 Millionen Euro

(Zurufe von der SPD: Oh! Ui! Boah!)

im Jahre 2021, also in fünf Jahren, fast verdreifacht.

(Sven Wolf [SPD]: Hört, hört!)

In fünf Jahren verdreifacht! Ja, das kennen wir auch privat: Essen zu gehen und schöne Reisen zu machen ist teuer, Herr Laschet. Mit dem Hubschrauber zum Reitturnier zu fliegen, kostet Geld.

(Zurufe von der CDU)

Mit dem Jet nach Paris zu fliegen, kostet Geld.

(Zurufe von der CDU)

Das sind Steuerzahlergelder, Herr Laschet. Gehen Sie damit bitte sparsamer um.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Nächstes Beispiel ist die Ministerialbürokratie: Sie haben innerhalb von drei Jahren 772 neue Stellen für Ministerialbeamte geschaffen. 772 neue Stellen entsprechen einem Personalkörper von drei kleinen durchschnittlichen neuen Ministerien im Jahr 2016, 2017. Sie bauen also jedes Jahr ein neues Ministerium auf, und niemand weiß, wofür. Wofür brauchen wir so viele neue Ministerialbeamtinnen und -beamte?

(Beifall von der SPD)

Ich war selbst sieben Jahre lang Minister. Einen Mangel an Ministerialbürokratie habe ich da nicht

feststellen können, und trotzdem wollen Sie allein im nächsten Jahr 287 neue Stellen schaffen.

(Zuruf: Ui!)

Begründung in Ihrem Haushalt: Keine.

Erst letzte Woche hat die Präsidentin des Landesrechnungshofs Ihrer Regierung ein Zeugnis ausgestellt. Das unterscheidet sich grundsätzlich von dem, was Sie gerade zur Lobhudelei Ihres Haushalts an Belegen heranziehen wollten: glatt mangelhaft. Schuldenabbau und Sparen seien nicht die Gütesiegel der Haushaltspolitik dieser Landesregierung.

(Sven Wolf [SPD]: Aha! So, so!)

Geht es noch deutlicher? Ich glaube kaum.

(Beifall von der SPD)

Herr Lienenkämper, eines muss man Ihnen lassen: Heute von einem nahezu schuldenfreien Haushalt zu fabulieren, muss man sich erst einmal trauen. Dieser Haushalten bedeutet in Wahrheit die höchste Neuverschuldung seit 2009: 6,1 Milliarden Euro neue Schulden. Bestimmt haben Sie nur vergessen, uns das sorgfältig zu erläutern.

Dabei möchte ich ausdrücklich nicht kritisieren, dass Sie auch in dieser schwierigen Phase – unser Land steckt coronabedingt natürlich in einer gesellschaftlich und wirtschaftlich schwierigen Phase – Geld in die Hand nehmen und ausgeben. Wir kritisieren nur, wofür Sie es ausgeben wollen, denn bei denjenigen, die es wirklich brauchen, kommt kein Cent an.

(Beifall von der SPD)

Corona führt doch dazu, dass die Schere zwischen Arm und Reich auch in Nordrhein-Westfalen immer weiter auseinandergeht. Wer vor der Krise schon wenig hatte, hat jetzt nichts mehr. Wer vor der Krise sein Kapital hat für sich arbeiten lassen, hat keine Krise erlebt – im Gegenteil: Die Dividenden sind auch in der Krise gezahlt worden, teilweise sogar von Unternehmen, die Staatshilfen kassiert haben.

Mit anderen Worten: Diejenigen, die nichts haben, haben auch nichts bekommen. Diejenigen, die alles hatten, haben noch einen steuerfinanzierten Bonus erhalten. Das ist Sprengstoff für unsere Gesellschaft.

(Beifall von der SPD)

Das gilt doch umso mehr, als wir den Supermarktkassiererinnen, Altenpflegerinnen und Erzieherinnen gemeinsam vor Kurzem in diesem Plenarsaal versprochen haben, dass wir sie nicht vergessen.

Ich habe gerade bewusst nur Frauen erwähnt, denn alle Studien zu diesem Thema zeigen: Frauen verlieren durch Corona mehr als Männer, nämlich gerade in gesellschaftlicher Hinsicht: Kinder und Küche haben in den letzten Monaten wieder den Alltag vieler emanzipierter Frauen bestimmt.

In der Krise sind viele wieder in die alte klassische Rollenverteilung verfallen. Der Fachbegriff dafür heißt Retraditionalisierung – was für ein schönes Wort für eine schlimme Entwicklung. Das wird zu den schlimmsten Spätfolgen von Corona führen, denn für dieses Problem wird es niemals einen Impfstoff geben.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Heilung muss durch die Politik erfolgen, also durch uns. Wir müssen liefern und die Rahmenbedingungen schaffen, dass die Pflege der Kranken, die Erziehung unserer Kinder und das Aufrechterhalten unserer Infrastruktur so bezahlt werden, dass diejenigen, die unser Leben ermöglichen, davon auch selbst leben können.

(Beifall von der SPD)

In Nordrhein-Westfalen verdient eine Verkäuferin mit einer 38-Stunden-Woche im Schnitt 1.890 Euro brutto im Monat. Damit arbeitet sie schon im Niedriglohnbereich.

Hat sie noch Kinder und wohnt in einer Großstadt, muss sie Hartz IV beantragen, um überhaupt über die Runden zu kommen. Eine arbeitende Frau, die sich an der Supermarktkasse in den Sturm gestellt hat, als viele von uns im Homeoffice in Deckung gegangen sind, wird zur Bittstellerin. Das ist ein Skandal.

(Beifall von der SPD)

Das war schon vor der Krise so und ist heute erst recht so. Wo wollen Sie diesen Menschen mit Ihrer Politik helfen?

Mit bezahlbaren Wohnungen zum Beispiel wäre sehr vielen dieser Menschen geholfen, aber Sie tun das Gegenteil: Während Ihrer Regierungszeit ist der soziale Wohnungsbau um 40 % eingebrochen. Gleichzeitig werden Mieterschutzrechte reduziert. Das ist eine wohnungspolitische Bilanz des Scheiterns.

(Beifall von der SPD)

Im Schulbereich sieht es nicht besser aus. Diese Koalition berauscht sich an Lehrerstellen auf Papier, die es im wahren Leben nie geben wird. Das sind Phantomstellen, das sind Geisterstellen, mit denen kein einziges Kind unterrichtet wird.

Das Gleiche gilt übrigens auch für unsere Kitas und teilweise auch für unsere Polizei. Laut Bertelsmann Stiftung fehlen in Nordrhein-Westfalen fast 16.000 Erzieherinnen und Erzieher. Auch viele Stellen bei der Polizei sind unbesetzt. 6.700 Lehrerinnen und Lehrer fehlen an unseren Schulen; das sind 34.000 Stunden Unterricht, individuelle Förderung und sozialer Aufstieg, die ausfallen – und zwar jeden Tag.

Diese Koalition hat auch mit diesem Haushaltsentwurf keine Idee vorgelegt, wie man die schlechte Lage auch nur ein wenig verbessern könnte – mit

einer Ausnahme, nämlich der Staatskanzlei, wo alle Stellen besetzt sind. Ansonsten aber sind Sie plan- und hilflos.

(Beifall von der SPD)

Wehe, die Betroffenen wagen es, das zu kritisieren. Dann bekommen sie die Wut der Landesregierung zu spüren. Kritik gilt mittlerweile als Majestätsbeleidigung. Verbesserungsvorschläge werden als Angriffe gewertet. Wer Fehler macht, bekommt keinen Schutz, sondern wird vom eigenen Dienstherrn an den Pranger gestellt.

Wir haben es in den vergangenen Monaten erlebt: Andere Ministerpräsidenten machen den Rücken breit, wenn während einer Notsituation etwas schief läuft. Nicht so der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, der dann mit dem Finger auf die Betroffenen zeigt: auf Schulleiterinnen, auf Bürgermeister, auf Wissenschaftler. Alle sind schuld, nur er nicht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Während sich 70 % aller Lehrkräfte von der Landesregierung im Stich gelassen fühlen, bezichtigt sie der stellvertretende Ministerpräsident zum Teil der Faulheit, sie kümmern sich um ihre Vorgärten.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

Dem Ganzen setzt die Krone auf, dass die Schulministerin neuerdings Lehrerinnen und Lehrern mit Gehaltskürzungen droht.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: So nicht, Herr Kutschaty!)

So motiviert man keine Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

(Beifall von der SPD)

Das alles ist mittlerweile so abgehoben, dass man glauben könnte, der Sitz dieser Regierung sei nicht das Landeshaus, sondern der Rheinturm, das Rondell in 170 m Höhe, das sich Stunde um Stunde um sich selbst dreht, von dem aus alle Menschen so klein und ihre Probleme so unbedeutend aussehen, dass nichts die Begeisterung über die fantastische Aussicht trüben kann.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Diese Regierung hat den Bezug zum echten Leben verloren. Sie wissen nicht mehr, wie es auf dem Wohnungsmarkt aussieht. Sie wissen nicht, wie es ist, unter Pandemiebedingungen zu unterrichten oder Kinder zu betreuen. Sie haben erst recht keine Ahnung vom Leben im Niedriglohnsektor.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Fragen Sie mal Olaf Scholz!)

Es würde vielen Menschen helfen, wenn Sie wenigstens 24 Tage im Jahr im Homeoffice arbeiten dürften,

wenn man die Werkverträge in der Fleischindustrie verbieten würde oder wenn man nicht wieder sachgrundlos befristet angestellt werden dürfte. Diese Verbote behindert die CDU aber auf Bundesebene und leider auch auf Landesebene.

Es würde auch helfen, wenn Sie die Rechtsprechung nicht ständig von einem Verfassungsbruch nach dem anderen abhalten müsste. Noch nie hat eine Landesregierung in so kurzer Zeit so oft vor dem Verfassungsgerichtshof verloren.

Noch nie musste die Landesregierung so oft und immer wieder auf denselben Fehler hingewiesen werden. Das Oberverwaltungsgericht hat erst letzte Woche auf Antrag einer Gewerkschaft Sonntagsöffnungen außer Vollzug gesetzt, und zwar zum wiederholten Male.

Es wird noch schlimmer: Der Senat hat Ihnen dabei gleich mitgeteilt, dass auch die neue Coronaschutzverordnung genauso fehlerhaft ist. Damit stehen jetzt alle Sonntagsöffnungen in der Weihnachtszeit zur Debatte.

Ein handwerklicher Fehler jagt den nächsten. So funktionieren keine Impulse durch Konsum – so verhindern Sie den Konsum.

(Beifall von der SPD)

Ihre neuesten Vorstellungen im Bereich der Wirtschaftspolitik sind allerdings noch viel schlimmer. Gestern haben Sie in Berlin präsentiert, was Sie sich als Bundesratsinitiative zur Belebung der Wirtschaft vorstellen. Ich muss sagen: Als ich Ihre Vorschläge zum ersten Mal im Internet gesehen habe, habe ich gedacht, es handele sich um eine Fälschung. Aber nein, Sie meinen das wirklich ernst. Sie wollen noch mehr Minijobber, indem Sie die Verdienstgrenze auf 530 Euro anheben.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das will doch jeder!)

Dabei wissen wir doch, dass Minijobs im Alltag Armut bedeuten und im Alter zu Sozialhilfe führen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Minijobs bedeuten auch: kein Anspruch auf Arbeitslosengeld, kein Anspruch auf Kurzarbeitergeld. – Gerade das ist doch den vielen Minijobbern in der Coronakrise zum Verhängnis geworden. Das kann man doch nicht ausbauen wollen.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Sachgrundlose Befristungen im Arbeitsrecht sind nach allgemeiner Auffassung die moderne Form von Ausbeutung. Deswegen sind Befristungen aus guten Gründen sehr enge Grenzen gesetzt.

Diese Grenzen will Herr Laschet jetzt aber abschaffen: Sie plädieren für eine Ausweitung der Befristung

von zwei auf drei Jahre. – Das wird die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter aufmachen. Das scheint Sie aber nicht zu stören. Sie haben den Bezug zu Recht und Realität verloren.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Und Sie haben auch den Respekt vor den Leistungsträgerinnen dieser Krise in unserem Lande verloren.

Oder wie nennen Sie es, wenn die berüchtigten SchulMails Freitagnachmittag nach 16 Uhr kommen und keine Zeit mehr bleibt, sie umzusetzen?

Wie nennen Sie es, wenn die neue Coronaschutzverordnung bei den Kommunen per Mail um 23:00 Uhr eingeht und am nächsten Tag gelten soll?

Ich nenne das respektlos.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE] – Zuruf von der SPD: Ganz genau!)

An Respekt fehlt es Ihnen aber an vielen Stellen. Sie respektieren ja noch nicht einmal Ihre eigenen Gesetze.

Der Innenminister verstößt bei der CDU in Lennestadt gegen die Coronaschutzverordnung des Landes. Offizielle Begründung der CDU in Lennestadt – das ist jetzt kein Scherz:

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Es wisse ja keiner mehr, welche Rechtslage gerade gelte – nicht einmal der Innenminister.

(Vereinzelt Heiterkeit von der SPD)

Deswegen hat die CDU in Lennestadt nach dem Foto mit Herbert Reul ohne Abstand und Masken auch ein Bußgeld in Höhe von 200 Euro bezahlt. Das wäre ja sogar fast ein bisschen lustig, wenn Sie, Herr Reul, nicht der Innenminister wären.

(Beifall von der SPD)

Wie nennen Sie es, wenn man Erzieherinnen und Erziehern in Kindergärten damit droht, die einzige Coronaschutzmaßnahme, die sie noch haben – nämlich die kostenlosen Tests –, zu streichen?

Wie nennt man es eigentlich, wenn ein Ministerpräsident allen Verkäuferinnen, Krankenschwestern und Rettungskräften im Landtag Applaus spendet, weil sie ihre Gesundheit für das Allgemeinwohl riskiert haben, wenige Wochen später dann aber die Mieterschutzverordnung aushebelt und so ihre Rechte als Mieterinnen kappt?

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Wie nennt man es, wenn eine Landesregierung den Coronaheldinnen mit weniger Rechten und noch höheren Mieten dankt?

Wie nennt man ein solches Verhalten? – Genau: unterirdisch. Ihr Krisenmanagement ist in den letzten

Monaten verdammt schlecht geworden, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD)

Die guten Nachrichten für Nordrhein-Westfalen kommen derzeit aus der Bundespolitik.

(Vereinzelt Heiterkeit von der CDU und der FDP)

– Hören Sie zu. Das kann sich sehen lassen.

Olaf Scholz und Hubertus Heil haben eine Wirtschaftspolitik konzipiert, die Millionen Jobs gerettet hat.

(Vereinzelt Lachen von der CDU und der FDP)

Die beiden zeigen der OECD-Welt, wie moderne Wirtschaftspolitik funktioniert – nicht durch Privatvor-Staat-Ideologien und auch nicht durch Entfesselung, wie die NRW-Pipifaxvariante der Deregulierung genannt wird.

(Beifall von der SPD)

Diese war übrigens schon vor der Krise nicht erfolgreich.

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik verbindet private Innovationskraft mit öffentlichen Investitionen und einem starken Sozialstaat. Das sichert Arbeitsplätze. Das stützt Unternehmen. Das bringt Investitionen in Zukunftstechnologie – für einen neuen Aufschwung nach der Krise. Im Grunde genommen ist das ein Zukunftspakt, ein ungeschriebener Gesellschaftsvertrag zwischen Politik, Wirtschaft und Beschäftigten.

Deswegen ist jeder Versuch eines Konzerns, diese Krise als Vorwand zu missbrauchen, um gesunde Werke zu schließen, nichts anderes als Verrat und Betrug.

Es ist Betrug an den Beschäftigten, die ordentliche Gewinne erarbeiten und jetzt in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Es ist Betrug an den Steuerzahlern, die auch diesen Konzern in der Krise unterstützt haben. Es ist schlicht Verrat an den Werten der Sozialen Marktwirtschaft.

Sie wissen, von wem ich spreche, nämlich der Schaeffler Gruppe und ihrem Continental-Werk in Aachen und ihrem Werk in Wuppertal. Es sind gesunde Werke, die Gewinne erwirtschaftet haben – auch, weil die Beschäftigten jahrelang ohne Lohnausgleich mehr gearbeitet haben.

Diese Gewinne nutzt Schaeffler nun, um die Produktion in Niedriglohnländer zu verlagern. Von möglichen Gewinnmargen um die 30 % und mehr ist plötzlich die Rede. Was Continental und Schaeffler antreibt, ist nicht wirtschaftliche Vernunft. Es ist blanke Gier.

Das darf ein Land nicht tatenlos hinnehmen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident hat völlig zu Recht gesagt, dass das, was Continental da mache, keine Soziale Marktwirtschaft sei. Das ist richtig; es ist Marktentfesselung in letzter Konsequenz.

Aber was folgt daraus? Hat das irgendwelche politischen Konsequenzen? Der Wirtschaftsminister hat bei Continental interveniert, der Arbeitsminister ist vorstellig geworden, und dann hat es sogar der Ministerpräsident persönlich versucht. Das ist aller Ehren wert. Aber was hat es gebracht? – Nichts. Sie alle waren erfolglos und sind bei den Konzernleitungen abgeblitzt wie Kassenpatienten bei einem Schönheitschirurgen auf der Königsallee.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Promifotos mit Macron im Élysée-Palast helfen da ebenso wenig wie Besuche im Vatikan.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Mein Gott!)

Wenn zu Hause, im echten Leben, mehrere Tausend Arbeitsplätze zerstört werden, dann ist der Ministerpräsident abwesend. Er wandert lieber durchs Watt in Schleswig-Holstein oder besucht Fußballstadien in Sachsen. So geht es in dieser Krisenzeit nicht, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD)

8 Milliarden Euro sind im Konjunkturprogramm der Bundesregierung allein für die Autoindustrie reserviert.

(Zuruf von der CDU)

Dieses Geld steht aber nicht für Produktionsstandorte in Billiglohnländern zur Verfügung, sondern für die Wertschöpfung in Deutschland.

Continental hat mitgenommen, was es kriegen konnte: den Lohnverzicht der Beschäftigten und die Beihilfen des Staates. – Jetzt stiehlt sich der Konzern mit dem Geld davon. Das muss zukünftig jedes Unternehmen teuer zu stehen kommen, und zwar buchstäblich.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Der Finanzminister hat eben in seiner Einbringungsrede auch die Polizei in unserem Land thematisiert. Ich denke, man kommt in der heutigen Generaldebatte nicht darum herum, auch über die aktuellen Vorkommnisse bei der Polizei in unserem Land zu sprechen.

Polizistinnen und Polizisten, die unsere Bürgerinnen und Bürger schützen sollen – und zwar alle; egal, wie sie aussehen, egal, was sie glauben, und egal, wen sie lieben – sind als Rassisten enttarnt worden. Verfassungsschützer, die unsere Demokratie verteidigen sollen, haben sich als ihre Gegner entpuppt. Ich

mag nicht mehr von Einzelfällen sprechen. Es sind keine Einzelfälle, es sind viele Fälle, es sind zu viele Fälle. Das muss auch der Innenminister verstehen.

(Beifall von der SPD)

Wir können das Problem nur dann lösen, wenn wir es beim Namen nennen, wenn wir systematisch aufklären und dann systematisch handeln. Das sind Sie, Herr Reul, das sind wir alle übrigens, den Bürgerinnen und Bürgern schuldig, die von Rassismus betroffen sind. Wir sind es allen demokratischen Polizistinnen und Polizisten schuldig, die ihren Beruf auch aus Idealismus ergriffen haben, die Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben, und zwar jeden Tag, in jeder Schicht. Sie verdienen unser aller Unterstützung.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Wir wissen, dass das Problem kein Einzelfall gewesen ist. Wir wissen, dass das Problem groß ist – wie groß, das wissen wir nicht. Deshalb weiß ich nicht, warum der Innenminister sich so lange hartnäckig dagegen wehrt, eine wissenschaftliche Aufklärung in Gang zu setzen.

(Zuruf: Tut er doch!)

Herr Reul, Sie machen in diesem Skandal keine gute Figur – im Gegenteil: Im ZDF sagten sie allen Ernstes, dass Sie Fakten bräuchten, keine Wissenschaft. – Das war peinlich, das war hochnotpeinlich. Solche intellektuellen Aussetzer darf sich ein Innenminister nicht leisten.

(Beifall von der SPD)

Sie wirken überfordert, die Lage scheint Ihnen zu entgleiten.

(Lachen von Herbert Reul, Minister des Innern)

Dabei bedroht kaum etwas eine Demokratie mehr als Extremisten in Sicherheitsbehörden. Gerade wir Deutsche müssen das wissen. Die Geschichte der Weimarer Republik ist kein Stummfilm in Schwarz-Weiß – sie hat uns etwas zu sagen. Deshalb sage ich mit aller Deutlichkeit: Die einzelnen Extremisten in Sicherheitsbehörden sind ein Fall für Disziplinarmaßnahmen, im Zweifel auch ein Fall für den Staatsanwalt.

Aber wir müssen doch wissen, wie groß das Problem des Rechtsextremismus und des Rassismus in Sicherheitsbehörden tatsächlich ist. Wir müssen wissen, wie dieses Phänomen entsteht und wie wir es systematisch bekämpfen können. Dazu brauche ich keine Beamten zu stigmatisieren. Wir brauchen selbstverständlich eine wissenschaftliche Aufklärung.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Noch einmal: Eine Demokratie braucht eine demokratische Polizei, und demokratische Polizisten brauchen einen wehrhaften Rechtsstaat, der sie vor den schwarzen Schafen in ihren Reihen schützt.

Allen Frauen und Männern bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz sage ich: Für ein Leben in Freiheit ist Ihre Arbeit unverzichtbar. Bleiben Sie standhaft, wehrhaft, mutig. Wir brauchen Sie mehr denn je. Wir sind für jeden Ihrer Einsätze sehr dankbar.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird Zeit, dass die Landesregierung wieder in die Realität zurückkehrt und sich mit der Wirklichkeit vertraut macht – mit der Wirklichkeit unserer Polizei, mit der Realität in unseren Schulen, Kindergärten und Kommunen und nicht zuletzt mit der Wirklichkeit auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Steigen Sie endlich wieder von Ihrem Turm herab, kommen Sie auf den Boden der Tatsachen zurück. Hier ist die Arbeit zu erledigen, fangen Sie damit an! – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kutschaty. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Löttgen jetzt das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kutschaty hat sich eben seiner modernen Büroausstattung gerühmt. Vielleicht wäre es besser gewesen, Sie hätten heute Morgen einmal die dpa-Nachrichten verfolgt. Dann hätten Sie sich die Vorwürfe, die Sie gegenüber dem Innenminister gemacht haben, sparen können.

(Sarah Philipp [SPD]: Ist trotzdem spät dran!)

Denn dort ist deutlich nachzulesen, dass dieser Innenminister

(Sven Wolf [SPD]: ... genau die SPD-Position übernommen hat! – Lachen von der SPD)

– dieser Innenminister, Herr Wolf – einer Studie zu der Frage, wie extremistische Denke in der Polizei eigentlich entsteht, zugestimmt hat.

(Sarah Philipp [SPD]: Hat er aber lange für gebraucht!)

Insofern, lieber Herr Kutschaty, sind Ihre Vorwürfe an dieser Stelle haltlos. Eines muss ich hinzufügen: Das, was ich heute Morgen von Ihnen gehört habe, war eine Rede aus Versatzstücken älterer Beiträge.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das waren alte Vorwürfe, kleinteiligste Kritik,

(Zurufe von Nadja Lüders [SPD] und Sarah Philipp [SPD])

Kleinkariertes in neuer Satzstellung. Es war insgesamt nichts anderes als eine Dokumentation der Zukunftsängste der NRW-SPD – nichts anderes.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von Sven Wolf [SPD])

Das, meine Damen und Herren, unterscheidet uns: Sie haben Zukunftsängste, wir haben Zukunftspläne. Das ist einer der wichtigsten Unterschiede, über die wir heute zu sprechen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn Sie, Herr Kutschaty, viel über das „Bessermachen“ reden, dann gibt es in diesem Haus noch einen weiteren Unterschied: Sie reden viel über das „Bessermachen“; wir machen es besser, ohne viel zu reden – und das ist, glaube ich, der wichtigere Teil der Aufgabe.

(Beifall von der CDU)

Ein letzter Punkt dazu: Sie haben das Schmunzeln hier im Raum bemerkt, als Sie von guten Nachrichten von Olaf Scholz aus Berlin gesprochen haben. Ich will Ihnen sagen, was eine gute Nachricht wäre, die von Olaf Scholz aus Berlin kommen könnte:

(Sven Wolf [SPD]: Altschuldenfonds?)

dass er der CDU-Fraktion, die ihm bereits zweimal mit der Bitte um Verbesserung bei der Hilfe für Solo-Selbstständige und bei der Hilfe für kleine mittelständische Firmen geschrieben hat, endlich mal antwortet! Das wäre eine tolle Nachricht aus Berlin.

(Lebhafter Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich halte es, ganz nebenbei, für eine ziemliche Unverfrorenheit, dass ein Bundesfinanzminister zwei Schreiben, die wir an ihn richten – das letzte sogar als offenen Brief, damit er es auch merkt –, nicht beantwortet. Von Peter Altmaier haben wir eine Antwort bekommen. Sie war auch nicht befriedigend, aber immerhin haben wir eine Antwort bekommen.

(Lachen und Zurufe von der SPD – Marc Herter [SPD]: Sehr ehrlich, Herr Minister!)

– Im Gegensatz zu Ihnen, ja.

Aber blicken wir jenseits dessen, was Herr Kutschaty heute Morgen erzählt hat, auf die Ausgangssituation, in der wird diesen Haushalt im Landtag zu besprechen haben. Im Economic Outlook für den September 2020 bezeichnet die OECD die Coronapandemie als die schlimmste Rezession zu Friedenszeiten seit 100 Jahren. Sie sprach des Weiteren von der

schwersten Gesundheits- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Das ist eine wahnsinnige Dimension, die Herr Kutschaty ganz nebenbei noch erwähnt hat. Aber keine Regierung, kein Parlament konnte zu Beginn dieses Jahres vorhersehen, mit welcher dramatischen gesundheitspolitischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Lage wir uns heute auseinandersetzen müssen.

(Nadja Lüders [SPD]: Alles Vergangenheit!)

Jede Regierung, jedes Parlament ist doch jetzt aufgerufen, angesichts der gewaltigen Dimension dieser Krise das Bestmögliche zu tun, um sie zu bewältigen.

(Gordan Dudas [SPD]: Ja, fangen Sie mal an damit!)

– Herr Zimkeit, ich habe eigentlich noch nicht viel Inhaltliches gesagt.

(Lachen von der SPD – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Das ist richtig! – Nadja Lüders [SPD]: Auch sehr ehrlich, Herr Löttgen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– War er das gar nicht? – Ich nehme alles zurück, Herr Zimkeit, und behaupte das Gegenteil.

Meine Damen und Herren! Wir müssen hier in diesem Parlament und in dieser Landesregierung das Bestmögliche zur Bewältigung dieser Krise tun. Das, was wir, was diese Landesregierung, was CDU und FDP für das Bestmögliche halten,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

hat Ihnen Finanzminister Lutz Lienenkämper vorgelegt: den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2021.

Ich bin der Meinung, man muss Entscheidungen, wie wir sie hier in diesem Parlament treffen, in zwei Kategorien einteilen: Entweder sie sind nützlich und hilfreich, um diese Krise in den Griff zu bekommen, oder sie sind es eben nicht.

Der Finanzminister hat vorhin eine grundlegende Maßnahme vorgestellt, die geeignet ist, die Herausforderungen durch die Coronapandemie zu bewältigen. Der Haushalt 2021 ist Garant für stabile Verhältnisse in unserem Land. Der Haushalt 2021 gewährleistet auch in außergewöhnlichen Notzeiten die notwendige Sicherheit. Er ist ein klares Signal an die Menschen in unserem Land: Wir, der Staat, stehen an eurer Seite, um durch diese schwierige Zeit zu kommen. Und der Haushalt 2021 setzt Impulse. Er nutzt den Umschaltmoment zwischen Bewältigung der Krise und Neuorientierung, um bereits jetzt für die Post-Corona-Zeit Chancen für alle günstig zu gestalten.

Aber dieser Haushalt 2021 ist noch mehr. Er zeigt Transparenz, Verlässlichkeit und Vorsorge. Transparenz zeigt

er, weil wir den Rettungsschirm und den allgemeinen Haushalt klar voneinander abgrenzen.

(Zuruf von der SPD)

Verlässlichkeit zeigt er – das darf, denke ich, besonders erwähnt werden –, weil trotz einer Notlage das, was war, bleibt. Es gibt keine Einschränkung der Nachfrage des Landes gegenüber dem, was wir uns für normale Zeiten vorgenommen haben. Und er zeigt Vorsorge, weil wir in Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen Brandmauern eingezogen haben, die uns die notwendige Rückkehr zur haushaltspolitischen Normalität ermöglichen.

Dieser Haushalt bietet der Coronapandemie die Stirn. Er macht möglich, was ein Journalist sehr treffend ausdrückte: lebenswerten Alltag in verrückten Zeiten.

Und der Haushalt ist ein Haushalt mit Perspektiven. Denn der NRW-Rettungsschirm, den wir dankenswerterweise gemeinsam in diesem Hause beschlossen haben, bleibt aufgrund der anzunehmenden Fortdauer der Notsituation bis 2022 aufgespannt. Für das Jahr 2023 sieht die Mittelfristige Finanzplanung einen Haushalt ohne Entnahmen aus dem Rettungsschirm vor. Und für 2024 plant die Landesregierung einen Haushalt mit einem Überschuss von 200 Millionen Euro, der vollständig zum Einstieg in die konjunkturgerechte Tilgung der für den NRW-Rettungsschirm aufgenommenen Kredite verwendet werden soll.

Nun liegt es an uns, an diesem Parlament, in der kommenden Haushaltsberatungszeit diesen Haushalt als Chance zur Bewältigung der Pandemie zu nutzen, ihn zur Überwindung einer historisch zu nennenden Notsituation zu gebrauchen, ihn als Sprungbrett zu gebrauchen, um Verbesserungen für möglichst viele Menschen möglich zu machen.

Daher ist es aus meiner Sicht notwendig, zwei Punkte näher zu beleuchten, die mit Blick auf diesen Haushalt wichtig sein können. Zum einen betrifft dies selbstverständlich die bereits geäußerte Kritik der Opposition und zweitens die Frage staatlicher Maßnahmen in der Coronapandemie sowie ihre Akzeptanz in der Bevölkerung.

Ich komme zunächst zur Kritik von SPD und Grünen. Da bemängelt der haushaltspolitische Sprecher der SPD, Herr Zimkeit – dpa-Zitat vom 05.10. –, die Kommunen seien

„die Verlierer des Haushaltsentwurfs. Es gebe weiterhin keine Altschuldenlösung und keinen Ausgleich für die im Zuge der Coronakrise ausfallenden Steuern.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Sarah Philipp [SPD]: Genau!)

– Herr Kutschaty hat das heute auch noch mal vorgelesen.

Da kritisiert Monika Düker, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, dass die Investitionsquote des Landes nur von 10 % auf 10,3 % steige;

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

wir bräuchten mehr Veränderungen als nur solche hinter dem Komma. Sie nennt das verantwortungsloses Regierungshandeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich halte fest: Frau Düker findet es verantwortungslos, wenn in der schlimmsten Wirtschaftskrise dieses Landes die Investitionsquote des Landes steigt. Das finde ich schon bemerkenswert.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie sinkt doch! – Zurufe von den GRÜNEN – Stefan Zimkeit [SPD]: Sie verschweigen die Wahrheit!)

Wenn Sie schon permanent davon sprechen: Schauen wir doch mal auf das, was wir für die Kommunen seit 2017 – auch mit diesem Haushalt – tatsächlich erreicht haben bzw. erreichen: Verbesserungen bei den Schlüsselzuweisungen in Höhe von 1,7 Millionen Euro; Investitionspauschale: plus 170 Millionen Euro; Bildungspauschale, die Sie sieben Jahre lang überhaupt nicht geändert haben: plus 83 Millionen Euro; Sportpauschale, die Sie sieben Jahre lang gar nicht geändert haben: plus 8 Millionen Euro. Zwischensumme: plus 2 Milliarden Euro seit 2017.

Erstmals seit 2006 bekommt die kommunale Familie wieder echte 23 % der Einnahmen des Landes; haushaltstechnische Erleichterungen durch die Isolierung coronabedingter Lasten im Mai; in den Jahren 2020 und 2021 342 Millionen Euro Sonderhilfen für die Stärkungspaktkommunen plus 690 Millionen Euro durch die Abschaffung von Kommunal soli und Vorwegabzügen; ab 2020 zusätzliche und frei verfügbare Mittel in Höhe von 950 Millionen Euro pro Jahr durch den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage und Mitfinanzierung des Fonds „Lasten deutscher Einheit“ in 2020; 2 Milliarden Euro zusätzlich durch das Konjunkturpaket I; Übernahme von Gewerbesteuer ausfällen bis zu 1,4 Milliarden Euro; Erstattung von Fahrgastausfällen, zusätzliche Städtebauförderung, beides in dreistelliger Millionenhöhe; für 2021 1 Milliarde Euro mehr im GFG, um Liquidität sicherzustellen – im Konsens beschlossen –, in den Folgejahren vertraglich abgebaut; und ab 2021 1 Milliarde Euro zusätzlich frei verfügbare Mittel durch Übernahme von 25 % der Kosten für die Unterkunft.

(Beifall von der CDU)

In der Addition: Die Kommunen verfügen über weit mehr als 8 Milliarden Euro zusätzliche Mittel gegenüber dem Bilanzstrich rot-grüner Regierungszeit, davon mehr als die Hälfte dauerhaft und strukturell. Allein das, was ich jetzt vergessen habe aufzuzählen, ist schon mehr als das, was Sie in Ihrer Regierungszeit überhaupt getan haben.

(Beifall von der CDU)

Was für ein Ammenmärchen, meine Damen und Herren, wollen Sie uns, wollen Sie den Menschen hier im Land erzählen? Ich bezeichne dieses Ergebnis als das, was es ist: Es ist die kommunalfreundlichste Landesregierung, die dieses Land jemals gesehen hat, und wir haben mit Ina Scharrenbach eine Kommunalministerin, die endlich der Größe der Aufgabe gerecht wird und ihr gerecht werden kann, weil wir kommunale Angelegenheiten nicht als Wurmfortsatz in irgendeinem anderen Ministerium verstecken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Überhaupt: Wann sind Sie, meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien, eigentlich jemals in der Geschichte des Landes in Regierungsverantwortung mit fehlenden Steuereinnahmen in Höhe von 5,5 Milliarden Euro konfrontiert worden? Antwort: nie. Und weil Sie es nie mit solchen Problemen zu tun gehabt haben, können Sie auch keine Antworten auf diese Probleme des Landes finden.

Deshalb nur einmal etwas dazu, was der Finanzminister schon angesprochen hat. Es wird ja kritisiert, wir wären angeblich nicht verantwortungsvoll und würden nicht nachhaltig handeln. Das, was Lutz Lienenkämper Ihnen gesagt hat, ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie ein Finanzministerium nachhaltige Finanzpolitik macht.

Wenn NRW weltweit Spitzenreiter bei Nachhaltigkeitsanleihen ist, wenn wir ein Gesamtvolumen von 13 Milliarden Euro platziert haben und NRW bis heute das einzige Bundesland ist, das Anleihen in diesem Bereich herausgibt, und diese Anleihen sich an Investoren richten, die auf nachhaltige und verantwortungsvolle Geldanlagen Wert legen, bei denen es um die Refinanzierung von sozialen und ökologischen Projekten geht, wenn NRW durch seine Investitionen in die Bereiche Ökologie, Soziales, Unternehmensführung zu den am besten Bewerteten zählt, wenn der Pensionsfonds dieses Landes zu 100 % nachhaltig geführt wird, dann, meine Damen und Herren, kann man klar erkennen:

Sie von Bündnis 90/Die Grünen haben doch Ihren Alleinvertretungsanspruch in Sachen Nachhaltigkeit, den Sie immer noch zu haben glauben, längst verloren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Sie wollen es nicht wahrhaben. Wir haben es noch nicht ausreichend kommuniziert. Tempora mutantur, Zeiten ändern sich und damit auch der Blick auf die Dinge.

Zeiten ändern sich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber was sich auch in dieser Coronakrise nicht ändern darf, das ist unsere Haltung zu demokratischen Grundsätzen. Deshalb, Herr Kutschaty, stimme ich Ihnen zu einem Teil Ihrer Rede

ausdrücklich zu, nämlich soweit es um die Frage extremistischer Tendenzen, antisemitischer Tendenzen, rassistischer Tendenzen innerhalb unserer Behörden geht – nicht nur in der Polizei, sondern überhaupt im Staatsapparat, bei der Polizei in besonderer Verantwortung. Ich bin Herbert Reul außerordentlich dankbar dafür, dass er das mit hoher Konsequenz und auch mit Durchschlagskraft verfolgt hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Als ehemaliger Polizeibeamter darf ich vielleicht auch einmal sagen: Ich bin denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die dafür gesorgt haben, dass diese Fälle aufgedeckt werden, außerordentlich dankbar.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich bin ihnen deshalb dankbar, weil sie diejenigen, die ihren Dienst in den Dreck ziehen, die vergessen haben, dass sie einen Eid auf dieses Land geschworen haben, und die aus diesem Grund verfassungsfeindlichen, extremistischen, antisemitischen oder sonstigen Dreck in irgendwelchen WhatsApp-Gruppen verbreiten, entlarven.

Denjenigen müssen wir den Rücken stärken, wollen wir den Rücken stärken, weil sie nach wie vor auf dem Boden des Grundgesetzes jeden Tag, der kommt, ihre Arbeit für uns als Gesellschaft verrichten.

Deshalb: Bitte nicht das Kind mit dem Bade ausschütten! Sie haben recht, es sind keine Einzelfälle. Aber ich weigere mich zu sagen, es sei ein strukturelles Problem der Polizei. Wir müssen endlich eine Sprachregelung finden, die uns ermöglicht, zwischen Einzelfällen und strukturellem Defizit eine vernünftige Beschreibung der Situation zu finden. Das wird unsere Aufgabe sein.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Eine Sprachregelung finden? Unglaublich!)

– Frau Schäffer, ich sage es doch gar nicht böse. Ich sage es mal so: Rechnen Sie das einfach mal in relative Zahlen um. Sagen Sie einfach mal: Wie viel ist das denn relativ? Wie viel Prozent der Polizei in Nordrhein-Westfalen sind denn das?

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Verharmlosen Sie mal nicht das Problem!)

– Frau Schäffer, wenn Sie nur zwei Haare auf dem Kopf haben und Ihnen eins ausfällt, dann ist das relativ viel. Also, ich will nur sagen, es ist ein Unterschied in der Betrachtungsweise.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE] – Heiterkeit)

– Ich habe niemanden angeguckt. – Das ist ein ernstes Thema, meine Damen und Herren.

Wir haben in unserer Landesverwaltung, in unserer Polizei kein strukturelles Problem. Wir könnten uns

vielleicht darauf einigen, von einem systematischen Fehler zu sprechen, und genau das macht ja der Innenminister, indem er diesen Fehler abstellt. Deshalb habe ich auch nichts dagegen zu sagen, wir machen eine Studie, um zu erkunden, warum. Aber dann lassen Sie uns auch bitte eine Studie zu all dem machen, was wir gerade beschrieben haben: Extremismus, Antisemitismus, Rassismus in der Bevölkerung insgesamt.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Die gibt es schon!)

– Ich weiß, dass es sie gibt.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja, Bielefeld!)

Ich weiß, dass es sie gibt. Jetzt bin ich gespannt auf die Ergebnisse im Vergleich.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Ja, ich auch!)

Ich bin sicher, dass wir diesen Vergleich nicht zu scheuen brauchen, dass unsere Staatsbürger in Uniform zum weit, weit überwiegenden Teil auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, lassen wir einfach nicht zu, dass die Würde dieser Menschen, dieser Staatsbürger in Uniform verletzt wird, indem wir ihnen etwas unterstellen, was in Wirklichkeit nicht der Fall ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns mit staatlichen Maßnahmen in der Coronapandemie beschäftigen, dann müssen wir uns in dieser Woche auch mit einem Antrag der AfD befassen, der die Coronaschutzmaßnahmen der Landesregierung auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüfen soll. Es ist mir wichtig zu erklären, warum diesem Antrag die Substanz fehlt und warum wir jederzeit auf dem Boden der Verfassung Maßnahmen ergriffen haben, die den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit berücksichtigen haben.

Kurz und knapp: Die Coronapandemie stellt den Staat und seine zuständigen Organe vor die schwierige Aufgabe, einen angemessenen Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit herzustellen. Wir hatten und haben nach Art. 2 Abs. 2 Grundgesetz die Pflicht, Leben und körperliche Unversehrtheit zu schützen. Dabei sind wir jederzeit unserem Verfassungsauftrag nachgekommen, stets die Verhältnismäßigkeit der Grundrechtseingriffe zu prüfen. Je größer die Gefahren für Leib oder Leben und Gesundheit der Bevölkerung sind, umso umfassender und massiver dürfen Freiheitsbeschränkungen sein.

Aber auch den häufig kritisierten Umkehrschluss haben Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen beherzigt. Nicht die Lockerungen der Coronabeschränkungen bedürfen einer Rechtfertigung, sondern ihre Aufrechterhaltung und Wiedereinführung.

Nordrhein-Westfalen hat als einziges Bundesland unter Hinzuziehung externer Sachverständiger stets geprüft, welche Gefahrenabwehr- und Vorsorgemaßnahmen im Verhältnis zur aktuellen Gefahrenlage angemessen sind.

Wenn heute führende Verfassungsrechtler wie Herr Papier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, fordern, diese Frage der rechtlichen Abwägung zwingend interdisziplinär zu beantworten und eben nicht nur Virologen, Mediziner oder Epidemiologen zu Wort kommen zu lassen, dann hat Nordrhein-Westfalen mit seinem begleitenden Corona-Expertenrat dieser Forderung nicht nur entsprochen, sondern nimmt heute bundesweit eine Vorreiterrolle ein.

(Beifall von der CDU)

In diesem Zusammenhang, Herr Kutschaty, erlauben Sie mir ein Wort zu dem, wie Sie in der dpa zitiert worden sind, zu der Frage: Schaffen wir es jetzt eigentlich mit Schnelltests, die Situation besser zu bewältigen? Sie haben gesagt, es sei höchste Zeit dafür, haben Testzentren an Schulen gefordert, denn nur mit umfassenden Tests sei es zu schaffen, die Infektionsketten einzudämmen.

Wir stellen gerade fest – dafür will ich mich ausdrücklich bedanken –, dass die vielen Mitarbeiterinnen in unseren Gesundheitsämtern der Kreise und der Städte es schaffen, mit harter Arbeit und teilweise gegen den Widerstand von Menschen, die etwas anderes als ihren Namen auf die Meldezettel schreiben, Infektionsketten wirksam nachzuverfolgen.

Sie haben recht, Herr Kutschaty, wenn Sie sagen, seit dem Sommer sei an den Schulen nichts passiert. Da haben Sie recht. Seit dem Sommer ist an Schulen nichts Gravierendes passiert. Aktuell sind 99,1 % der Schülerinnen und Schüler nicht von Quarantänemaßnahmen oder Infektionen betroffen und nehmen am Regelunterricht teil. Aktuell können 98,9 % der Lehrerinnen und Lehrer diesen Regelunterricht erteilen. Das ist Gelegenheit, denjenigen, die das tun, beiden, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, die diese Herausforderungen angenommen haben und ein Stück Normalität möglich machen, auch einmal herzlichen Dank zu sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nur am Rande sei bemerkt, diese Coronageschichte treibt ja manchmal höchst seltsame Blüten. Man muss schon achtgeben, dass man da das Kind nicht mit dem Bade ausschüttet. Es gibt in Nordrhein-Westfalen das sogenannte Öko-Zentrum NRW – nach eigenen Angaben bundesweit eine der ersten Adressen für das nachhaltige Bauen. Sie werden nie ahnen, was dieses Öko-Zentrum NRW seit Kurzem anbietet: als Allererstes einen zweistündigen Onlinelehrgang „Richtiges Lüften in Schulklassen.“ Damit

nicht genug: Es gibt auch noch einen Ein-Tages-Lehrgang „Richtiges Lüften in Klassenzimmern“.

Ich will Ihnen nur eins sagen, meine Damen und Herren: Ich finde, die Informationen zum Schulbetrieb in Coronazeiten vom 10. September der Schulministerin machen das alles überflüssig. Da steht nämlich sinngemäß:

Ein wichtiges Element in Hygienekonzepten ist das intensive Lüften von Klassenräumen, mindestens alle 45 Minuten, Stoßlüftung, möglichst durch vollständig geöffnete Fenster über mehrere Minuten. – Darauf haben sich alle in der KMK verständigt. Das reicht völlig aus. Mehr brauche ich nicht zu wissen, um einen Klassenraum zu lüften. Dazu brauche ich keinen eintägigen Lehrgang, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber ich will gerne, Herr Kutschaty, zu Ihrer Testphilosophie das RKI mit aktuellen Informationen zu Wort kommen lassen, weil ich finde, an der Stelle sollte man nicht übertriebene Hoffnungen wecken, aber auf der anderen Seite tatsächlich alle Chancen nutzen, die da sind. Das RKI sagt:

„Bei der Anwendung von Tests ist ein zielgerichtetes Vorgehen essentiell. Testen ohne Anlass führt zu einem falschen Sicherheitsgefühl. Denn auch ein negativer PCR-Nachweis ist nur eine Momentaufnahme und entbindet nicht von Hygiene- und Schutzmaßnahmen (Stichwort AHA-Formel).“

Übrigens weist ein Antigen-Soforttest eine Infektion lange nicht so zuverlässig nach wie ein PCR-Test. – Das RKI sagt weiter:

„Präventives Testen ohne begründeten Verdacht erhöht außerdem das Risiko falsch-positiver Ergebnisse und belastet die vorhandene Testkapazität. Daher 'Testen, Testen, Testen – aber gezielt!'“

In einer aktuellen Meldung vom 16.09.2020 heißt es:

Schnelltests zum qualitativen Nachweis von Antikörpern – IgG, IgM – gegen SARS-CoV-2-Antigen in den sogenannten Lateral-Flow-Assay-Formaten werden kommerziell angeboten. Die WHO empfiehlt den Einsatz von immunologisch-diagnostischen Schnelltests derzeit nur im Kontext von Forschungsprojekten.

Was wir daraus schließen können, ist eines: Wir können den Fakten durch politische Forderungen nicht entkommen. Und wir dürfen die Menschen nicht durch noch nicht zuverlässige Tests in eine fälschlicherweise angenommene Sicherheit entlassen. Es bleibt dabei: Die Einhaltung einfacher Regeln – Abstand halten, Hygiene beachten, Alltagsmaske tragen – ist Grundvoraussetzung, um all das, was wir uns als Politiker vorgenommen haben, am Ende auch zu verwirklichen.

Ich füge mal eine neue Regel hinzu: Nicht jede Feier, die man sich für diesen Herbst und für das kommende Frühjahr vorgenommen hat, ist so wichtig, dass man sie nicht auch noch verschieben könnte.

(Beifall von der CDU)

Laut einer Umfrage steht die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter den staatlichen Coronamaßnahmen. 69 % der Befragten halten das Vorgehen laut ZDF-Politbarometer für richtig. Fast jeder Fünfte wünscht sich sogar noch weitergehende Maßnahmen. Lediglich 11 % halten die Schutzbestimmungen für übertrieben.

Entsprechend schlecht fiel die Beurteilung der in jüngerer Zeit verstärkt auftretenden Proteste gegen die Coronamaßnahmen aus. Nur 14 % finden die Proteste gut, 83 % nicht gut.

Ich habe die herzliche Bitte, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns weniger über die 14 % reden als viel mehr über die 83 %. Ich finde, das haben gerade diejenigen verdient, die mit uns versuchen, diese Krise zu bewältigen, und nicht diejenigen, die gegen uns arbeiten.

Es ist richtig und notwendig, über Gefahren für unsere persönliche Gesundheit, die Überlastung des Gesundheitssystems oder Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu reden und zu berichten. Aber lassen Sie uns auch mehr über Chancen reden, über den notwendigen Mut, diese Chancen zu nutzen, und über Menschen, die Mut und Vertrauen besitzen, diese Krise zu meistern.

Wir sehen und hören Berichte von Menschen, die gegen Coronamaßnahmen protestieren, von Menschen und Unternehmen, die in enorm schwierigen persönlichen und unternehmerischen Situationen bisher kein staatliches Angebot hilfreich gefunden haben.

Lassen Sie uns das doch zum Anlass nehmen, mehr zu erklären, warum wir Politiker wie entscheiden, manchmal entscheiden müssen, weil der Schutz von Grundrechten und die Wahrung der Verhältnismäßigkeit das gebieten. Wenn wir dann in Zukunft auch noch den einen oder anderen Bericht in den Medien hören, der Menschen zu Wort kommen lässt, die diese Entscheidungen gut finden, dann wäre das vielleicht schon ein Gewinn.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann mit dem Satz der Pessimisten: „Das Schlimmste steht uns noch bevor“ nichts anfangen. Ich kann etwas anfangen mit diesem Haushalt, der Chancen ermöglicht und Perspektiven bietet.

Vielleicht ist es gerade jetzt notwendig, sich in dieser Situation daran zu erinnern, dass jahrzehntelang Bergleute in einen Schacht eingefahren sind, ohne die Gewissheit zu haben, dass ihre Arbeit überhaupt

zu einem Lohn führen wird. Sie hatten den Mut, genau das zu tun, und begrüßten sich daher mit dem Satz: „Ich wünsche dir Glück, tu einen neuen Gang auf“, kurz: Glück auf!

Ich wünsche uns gute und zielführende Beratungen zu diesem Haushalt. – Glück auf Nordrhein-Westfalen!

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir reden über den Landeshaushalt 2021 und den entsprechenden Entwurf dazu. Herr Kollege Löttgen hat gleich zu Beginn seiner Rede großes Feuer aufgefahren, indem er erklärte, was dieser Haushalt für die Kommunen angeblich bedeuten sollte.

Lieber Herr Finanzminister, es ist schon ein einmaliger Vorgang, den wir hier beobachten müssen. Sie entnehmen über 9,7 Milliarden Euro aus dem Rettungsschirm, weitere 2 Milliarden Euro aus der Allgemeinen Rücklage, veruntreuen somit fast 12 Milliarden Euro und geben keinen Cent davon den Kommunen ab. Anstatt in die Zukunft zu investieren und die Kommunen zu schützen, lassen Sie die Menschen und die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Regen stehen. Das ist die Wahrheit über diesen Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Weil der Kollege Löttgen damit so fulminant angefangen hat, will ich jetzt zumindest auf drei, vier Punkte, was die Kommunen angeht, eingehen.

Wir haben im Haushalt 2020 noch eine Zuführung zum Stärkungspaktfonds in Höhe von 350 Millionen Euro. Früher waren es 440 Millionen Euro. Dieses Geld sparen Sie dauerhaft zulasten der Kommunen ein. Von einem Altschuldenfonds ist nichts zu sehen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Von einem Konzept ist nichts zu sehen. Der Ministerpräsident hat dies noch im Jahr 2019 als die wichtigste Aufgabe für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen postuliert. Sie sind an der Stelle völlig gescheitert.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

– Herr Minister Stamp, Sie sprechen gerade so freundlich in meine Richtung. Deshalb ein zweiter Punkt: Das Flüchtlingsaufnahmegesetz wartet seit drei Jahren auf eine Reform. Sie haben seit zwei

Jahren ein Gutachten vorliegen. Ich habe in den Haushalt geschaut und mit Freuden festgestellt, dass Sie zumindest eine Summe hineingeschrieben haben. Die ist mit rund 110 Millionen Euro größer als im letzten Jahr. Das ist ungefähr das, was man braucht, um das Lenk-Gutachten für ein Jahr umzusetzen.

Ein Flüchtlingsaufnahmegesetz liegt dem Parlament nicht vor. Es liegt dem Parlament auch nicht vor, wie Sie mit den Geduldeten umgehen wollen. Es liegt dem Parlament nicht vor, wie Sie mit den Jahren 2017 bis 2020 umgehen wollen.

Nur zum Vergleich: In den Jahren 2016, 2018 und 2019 hat das Land 2 Milliarden Euro weniger für die Unterbringung von Geflüchteten ausgegeben. Hier sparen Sie erneut Milliarden zulasten der Kommunen ein. Das ist die Wahrheit, die man hier verkünden muss.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was dem Ganzen die Krone aufsetzt, ist, dass Herr Löttgen für sich reklamiert, die 1 Milliarde Euro KdU-Entlastung sei quasi das Werk der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Erstens hat der Ministerpräsident einen anderen Vorschlag gemacht. Zweitens ist das samt und sonders Bundesgeld. Ich finde es schon ein Stück unverschämt, sich das so auf die Fahnen zu schreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aber schauen wir uns an, was dieser Haushalt ansonsten bringt, Herr Kollege Rasche. Er müsste eigentlich Investitionen in die Zukunft bringen. Das, was die Kollegin Düker hier vorgetragen hat und was zitiert worden ist, halten wir für völlig richtig. Dieser Haushalt muss nämlich mit zwei Krisen umgehen, einerseits mit der Coronakrise, mit der Gesundheitskrise, und andererseits muss er den Kampf gegen die Klimakrise, die fortwährend besteht, berücksichtigen. Das kann man nur mit zielgerichteten Investitionen, und dazu bietet der Haushalt nur Ansatzpunkte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen erlaube ich mir auch einen Blick auf das Krisenmanagement der Landesregierung in diesem Jahr. Die Krise hat nämlich die Menschen nicht alle gleich getroffen. Die Menschen sind unterschiedlich betroffen.

Wie schützt man denn Kinder, die man nicht sehen kann? Wie schützt man Menschen, die kein Home haben? Wohin sollen sie sich denn zurückziehen? Denken wir an die vielen Familien, die ihre Bekannten, Freunde, Mütter, Kinder in den Pflegeeinrichtungen, in den Behinderteneinrichtungen wochenlang nicht besuchen können. Familien sind verzweifelt aufgrund dieser Situation.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass eine solche Situation so nicht wieder auftritt. Dafür müssen wir alles

tun. Wir müssen das Bestmögliche für die Menschen in diesem Land organisieren, damit wir sie einerseits schützen, für Gesundheitsschutz sorgen und andererseits dafür sorgen, dass sie zusammenleben können, sich begegnen können, dass die Wirtschaft funktioniert, dass die Schule funktioniert. Das ist unsere Aufgabe und kein parteipolitisches Gezänk, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Deswegen haben wir von Beginn an gesagt, dass wir daran konstruktiv mitarbeiten. Wir haben uns sehr genau mit dem auseinandergesetzt, was die Landesregierung vorgelegt hat. Auch wir sind im lernenden Prozess, sind nicht die Besserwisser oder Besserredner.

Deswegen haben wir sofort, als das Pandemiegesetz der Landesregierung vorgelegt wurde, gesagt: Nein, ein solches Gesetz, das mit Zwangsrekrutierung, mit der Beschlagnahmung von medizinischen Apparaten arbeitet, geht mit uns nicht. Wir haben aber nicht einfach nur „Halali“ gerufen, sondern wir sind auf die Regierung zugegangen und haben erklärt: Wir machen ein besseres Gesetz. – Wir haben in intensiven Verhandlungen dafür gesorgt, dass die schlimmen Passagen herausgenommen wurden, dass ein Freiwilligenregister vorliegen muss.

Herr Gesundheitsminister, nutzen Sie es doch! Bauen Sie doch jetzt die Strukturen in den Gesundheitsämtern auf! Stärken Sie die Kommunen! Das Geld ist da. Sorgen Sie für Personal und für starke Strukturen vor Ort in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber dann, kurz danach, musste der Ministerpräsident offensichtlich die Chance nutzen, und er hat die sogenannte Heinsberg-Studie vorgelegt. Ich habe überhaupt nichts gegen Studien, ganz im Gegenteil. Eigentlich müssten wir mehr Forschung betreiben, mehr wissenschaftliche Dokumentationen machen.

Aber es ging um etwas anderes. Es ging darum, einen PR-Gag zu landen. Es ging darum, die These der Landesregierung: „Wir müssen jetzt planlos öffnen“ zu unterstreichen. Dabei bot diese Studie überhaupt keinen Anlass dafür. Die sogenannte verantwortungsvolle Normalität, die Herr Laschet ausgerufen hat, wurde nicht hier in Nordrhein-Westfalen geklärt, sondern mit einer vernünftigen Struktur durch die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten Ende April dieses Jahres – eine klare Niederlage für den Landeschef Armin Laschet.

Ich frage mich auch, warum diese Landesregierung ihren Krisenstab nicht aktiviert hat. Jede staatliche und kommunale Ebene in Nordrhein-Westfalen – von der Bezirksregierung bis zu den Kommunen – hat einen Krisenstab aktiviert. Warum machen sie das? – Weil sie dafür sind, dass die Maßnahmen und die

Risiken abgeschätzt werden, dass gleichzeitig eine einheitliche Kommunikation stattfindet.

Lieber Herr Ministerpräsident, stattdessen haben Sie eine Ersatzkommunikation in der Staatskanzlei angelegt. Das ist nicht sachgerecht, das ist keine gute Krisenstrategie.

(Beifall von den GRÜNEN und Christian Dahm [SPD])

Wir loben ausdrücklich den Umgang mit dem Expertenrat. Wir halten es für klug, so etwas zu machen. Besser fänden wir es allerdings, viel mehr im Parlament zu diskutieren, den Austausch zu suchen. Wieso haben wir denn Angst vor den Menschen in Nordrhein-Westfalen? Warum laden wir die Expertinnen denn nicht in die Runden ein? Wir haben 18 Millionen kluge Menschen. Die können doch mit uns diskutieren.

Wir können hier Beschlüsse fassen, und wir dürfen auch Fehler machen. Aber Herr Kollege Löttgen hat seine Rede ja selbst mit den Worten beendet: Wir müssen viel mehr erklären, was wir hier entscheiden. – Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, vermischen wir gerade bei der Landesregierung an vielen Stellen sehr intensiv.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ein Beispiel für das Krisenmanagement ist die Schulpolitik. – Liebe Frau Gebauer, Sie rühmen sich heute in einer Pressemitteilung, wie super das alles laufe und wie früh Sie dran gewesen seien. Aber zusammenfassend muss ich sagen: Die Kommunikation stößt bei den Menschen, bei den Lehrerverbänden, bei den Schülerverbänden nicht nur auf Irritationen, sondern sie sind geradezu sauer. Sie sind nicht damit einverstanden, dass sie nachmittags Mails bekommen, die am nächsten Tag umgesetzt werden sollen, dass es einmal hü und einmal hott geht, dass der Ministerpräsident Ansagen von ihnen einsammelt.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Der DigitalPakt Schule wird hier seit zwei Jahren diskutiert. Es wird seit zwei Jahren über die Digitalisierung der Schulen diskutiert, und Sie schaffen es nicht, das umzusetzen. Das ist doch wahrlich kein Ruhmesblatt für die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

– Auch damit, Frau Kollegin, gehen wir konstruktiv um.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Wir machen Vorschläge für einen Plan B. Wir machen Vorschläge für andere Raumkonzepte, für eine Beschulung, wo es möglich ist ...

(Zurufe von Henning Höne [FDP] und Franziska Müller-Rech [FDP])

– Herr Kollege, ist doch gut jetzt. Wir können im Schulausschuss weiterdiskutieren.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

– Wir machen Vorschläge, wie man es in den Schulen besser machen kann.

(Zurufe von Henning Höne [FDP] und Franziska Müller-Rech [FDP])

Die grüne Fraktion arbeitet konstruktiv und intensiv an den Themen mit. Sie können sich offensichtlich nur noch mit Schreien und Zwischenrufen aufhalten.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP] – Norwich Rüße [GRÜNE]: Oh, da liegen die Nerven aber blank!)

An der Stelle mache ich einen ganz klaren Vorschlag. Im Herbst und im Winter werden wir alle 20 Minuten stoßlüften müssen – alle 45 Minuten halte ich nämlich nicht für ausreichend. Entweder, Frau Ministerin, Sie teilen dann Pudelmützen mit dem NRW-Logo aus oder – das hielten wir für richtig – Sie führen das Programm „Gute Schule 2020“ fort und sorgen für eine gute Raumluftechnik, für einen entsprechenden Umbau. Denn es lassen sich viele Fenster in den Schulen in Nordrhein-Westfalen nicht öffnen – auch aus Sicherheitsgründen nicht –, und das verschweigen Sie ganz offensichtlich der Öffentlichkeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Jetzt möchte ich noch auf zwei Vorgänge in der Fleischwirtschaft eingehen, bei denen das Krisenmanagement aus meiner Sicht nicht funktioniert hat.

Erst ist bei Westfleisch ein großer Ausbruch gewesen. Dann hat der Gesundheitsminister gesagt: Ja, geht raus und kontrolliert alle Betriebe in Nordrhein-Westfalen. – Keine vier Wochen später hatten wir einen großen Infektionsausbruch bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück.

Da fragt man sich natürlich schon, wie so etwas passieren kann. Wer wurde denn da wie untersucht? Viel wichtiger ist aber, dass es sich hier um ein System handelt – schon vor Corona –, das auf Dumpinglöhne setzt, das auf Werkverträge und Ausbeutung setzt, das auch darauf setzt, dass die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern nicht geschätzt wird und dass Menschen, die aus dem Ausland zum Arbeiten zu uns gekommen sind, in unerträglicher Weise ausgenutzt werden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss in Nordrhein-Westfalen ganz klar bekämpft und abgeschafft werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber wie hat der Ministerpräsident reagiert? Er sagte: Das, was da in Rheda-Wiedenbrück passiert ist, hat

nichts mit den Lockerungen zu tun. – Er hat es auf die Rumänen und Bulgaren geschoben. Warum hat er das so gesagt? – Weil er gerade dabei war, seinen Kurs der angeblich verantwortungsvollen Normalität umzusetzen. Ihm passte das einfach nicht ins Konzept. Er hat die ganze Schuld nach unten weggeschoben.

Das führte dazu, dass Tönnies seine Leute versorgen musste. Stattdessen hätte das Land einschreiten müssen. Die Kommunen hätten dort vor Ort versorgen müssen – medizinisch und personell. Das haben Sie tagelang nicht getan. Dafür schäme ich mich ein Stück weit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Thema „Testen“ hat Kollege Löttgen einige sehr wichtige Hinweise gegeben.

Ich habe es nicht ganz verstanden, Herr Gesundheitsminister Laumann, warum die Urlaubswelle so überraschend kam und warum Sie dann zugestimmt haben, dass alle Reiserückkehrerinnen und Reiserückkehrer anlasslos getestet werden sollen.

Denn eines muss man sagen: Wir haben trotz des Aufwuchses der Testkapazitäten nur begrenzte Möglichkeiten; im Moment sind wir bei 330.000. Wie wir an Bayern gesehen haben, sind die Labore da schon an der Grenze.

Wir müssen schon sehr genau erklären, mit welcher Strategie wir arbeiten. Wir Grüne sagen: Erst sollen diejenigen getestet werden, die besonders betroffen sind, beispielsweise in den Pflegeheimen, in den Gesundheitseinrichtungen, in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe, und dann diejenigen, bei denen es aufgrund der Risikolage notwendig ist. Eine solche Strategie haben Sie monatelang nicht vorgelegt. Jetzt ist es ein Stück besser geworden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von der SPD, anlassloses breites Testen ohne klare Strategie lehnen wir Grüne ab. Wir brauchen eine klare Teststrategie, die dafür sorgt, dass besonders Betroffene geschützt werden können, dass die Tests vorliegen und dann immer weiter nach Risikolage durchgeführt werden können. Dafür setzen wir uns sehr eindeutig ein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte noch betonen, dass uns die Gastronomie in besonderer Weise am Herzen liegt. Sorgen Sie doch dafür, dass dort durch ein Investitionsprogramm Möglichkeiten der Raumlüftung geschaffen werden können, dass die Erfassung der Menschen, die besonders wichtig ist – das ist ja keine Bestrafung, sondern die Menschen sollen geschützt werden –, digital und datenschutzgerecht passiert, um für eine bessere Nachverfolgung zu sorgen.

Aus meiner Sicht geht vom Landtag, von der Landesregierung eine völlig falsche Kommunikation aus.

Helfen Sie der Gastronomie! Schaffen Sie eine Zukunftsperspektive! Die Innenstädte und Zentren brauchen die Gastronomie, sonst fallen weitere Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen weg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte hier auch die unmittelbare Verbindung zum Haushalt ziehen. Durch diese Krise müsste eigentlich allen klar sein, dass wir für einen schlanken Staat am Ende eine hohe Rechnung zahlen werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Strukturen für obdachlose Menschen dauerhaft verbessert werden. Wir müssen in den Städten dafür sorgen, dass die Gesundheitspolitik ebenso möglich ist wie der Aufbau starker öffentlicher Einrichtungen.

Statt die Standards für barrierefreie Wohnungen in der Landesbauordnung, wie es jetzt geplant ist, abzusenken, müssen wir für bezahlbaren Wohnraum und barrierefreie Wohnungen sorgen. Das ist die Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

An der Stelle möchte ich einen weiteren Punkt ansprechen, der offensichtlich viel mit Ideologie zu tun hat. Ausgerechnet die Arbeitslosenzentren wollen Sie jetzt nicht mehr bezuschussen. Wir reden gerade mal über einen Betrag von 1,2 bis 1,3 Millionen Euro. Es geht also nicht um Haushaltskonsolidierung. Die Menschen, die sich sowieso schon schwerer tun und isoliert sind,

(Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

haben dann keinen Treffpunkt mehr. Aus der Finanzierung verabschiedet sich die Landesregierung. Das können wir überhaupt nicht verstehen.

Damit unmittelbar im Zusammenhang steht die soziale Beratung von Geflüchteten. Viele Menschen bangen jetzt um ihren Job, weil die Landesregierung offensichtlich das bisherige Prinzip der Subsidiarität und der Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden aufkündigen will. Warum tun Sie das? Was treibt Sie in einer so schwierigen Phase dazu, diese wichtigen Bestandteile aufzukündigen? Wir Grüne können das nur ablehnen und werden das in den Haushaltsberatungen auch deutlich machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Natürlich spielt die Wirtschaft eine wichtige Rolle. Die Krise machte ja deutlich, dass es nicht gut ist, von Billiglieferranten abhängig zu sein. Centprodukte wie Masken oder auch Grundsubstanzen für Medikamente konnten nicht mehr geliefert werden. Da verwundert es schon, dass ausgerechnet das Lieferkettengesetz und andere Maßstäbe von der Landesregierung infrage gestellt werden. Wir brauchen mehr Unabhängigkeit und nicht weniger.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch die andere große Krise, die Klimakrise, ist nicht verschwunden. Der dritte Dürresommer in Folge hinterlässt seine Spuren. Ganze Fichtenwälder sind bedroht und kaputtgegangen. Die deutsche Buche – man möge sich das vorstellen – ist tatsächlich in Gefahr und an vielen Stellen davon bedroht, unwiederbringlich zu verschwinden. Ich will diese Liste nicht verlängern; man könnte noch über Kastanien und viele andere Dinge reden.

Doch die Erfahrungen aus der Krise haben noch etwas anderes gezeigt. Wir haben das Potenzial für die Umwelt, für das Klima und für eine Verkehrswende. Noch nie waren die Menschen mehr bereit, so viele Veränderungen auf sich zu nehmen. Sie sind solidarisch, sie nehmen die Maßnahmen an; da würde ich Herrn Löttgen sogar zustimmen.

Lassen Sie uns doch darauf aufbauen und das zum Fortschrittsmotor machen. Das dürfen wir nicht wieder links liegen lassen, sondern darauf werden wir uns sehr intensiv einstellen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber was macht der Landeshaushalt? Die Unternehmen brauchen gute Rahmenbedingungen und die Zuversicht, dass sich Investitionen in Klimaschutz auch lohnen. Die öffentliche Hand hat natürlich die Aufgabe, mit gutem Beispiel voranzugehen, die energetische Sanierung von Gebäuden, die Auswahl des Fuhrparks oder die Beschaffung von Material klimagerecht durchzuführen. Dieser Vorbildfunktion kommt die Landesregierung jedoch leider nicht nach.

Bestes Beispiel ist Ihr Kampf, Herr Minister Pinkwart, gegen den dringend notwendigen Ausbau der Windenergie. An der Stelle betreiben Sie eine völlig fehlgeleitete ideologische Antiindustriepolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber es lohnt auch ein Blick in den Haushalt 2021.

(Henning Höne [FDP]: Wie ist der denn ...)

Herr Minister Laumann, Sie sagten am 1. April hier im Plenum:

„Wer nach der Krise nicht den Landesrechnungshof am Arsch hat, der hat alles verkehrt gemacht.“

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Kollege Laumann: Auch der Umkehrschluss funktioniert leider nicht. Man kann sowohl vom Rechnungshof kritisiert werden als auch alles falsch machen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das beweisen Sie mit diesem Haushalt nicht zum ersten Mal.

Ich möchte Ihnen ein Zitat aus Ihrer Zeit als Oppositionsführer vorlesen, Herr Ministerpräsident Laschet, das Sie hier vorgetragen haben:

„... keine neuen Schulden und eine Eindrittellösung bei den Steuererhöhungen. Das bedeutet Schuldenabbau, Investitionen und Entlastungen der Bürger.“

Vom letzten rot-grünen Haushalt 2017 bis zum Haushalt 2019 stiegen die Steuereinnahmen um 6 Milliarden Euro. Das würde bedeuten, dass 2 Milliarden Euro Schuldenabbau, 2 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen und 2 Milliarden Euro zusätzliche Entlastung bei den Bürgerinnen und Bürgern angekommen sein sollen. Was ist davon übrig geblieben? – Nichts.

Ende 2019 war der Schuldenstand ganze 100 Millionen Euro und nicht 2 Milliarden Euro niedriger. Wo ist die versprochene Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger?

Nehmen wir die Grunderwerbsteuer. Sie haben versprochen, die Grunderwerbsteuer zu reformieren. Von 2017 bis 2019 sind die Einnahmen sogar um eine halbe Milliarde Euro jährlich gestiegen. Selbst für das Jahr 2021 haben Sie Rekorderlöse von 4 Milliarden Euro geplant. Sie hätten also um mehrere Milliarden Euro entlasten können. Aber nicht eine Familie ist um einen Cent entlastet worden.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Am schwersten wiegt jedoch, dass Sie nicht oder falsch investieren. Wir haben Sie im Jahr 2018 aufgefordert, einen Zukunftsfonds „Infrastruktur“ vorzulegen, um den milliardenschweren Sanierungsstau abzubauen. Wenn Sie das umgesetzt hätten, anstatt mit Bilanztricks zu arbeiten, wie es jetzt der Finanzminister macht – mit einem Griff in die Allgemeine Rücklage schönt er seinen Haushalt und veruntreut das Geld, das eigentlich für den Rettungsschirm zur Verfügung steht –, hätten wir besser sanierte Krankenhäuser, besser sanierte Schulen und einen anderen Zustand bei der Digitalisierung. All das haben Sie nicht gemacht, das haben Sie abgelehnt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was machen Sie stattdessen? Schauen wir doch einmal in den Haushalt. Das Angebot von Herrn Löttgen nehme ich gerne an; denn Sie haben ja das Zitat bewusst manipuliert und verdreht.

Frau Kollegin Düker hat darauf hingewiesen, dass die Investitionsquote gerade mal von 10,2 % auf 10,3 % angestiegen ist, und zwar nicht, weil sie das für schädlich hält, sondern weil sie das für viel zu gering hält. Das war eine bewusste Verdrehung der Tatsachen, Herr Kollege Löttgen. Ich will das mit klaren Zahlen aus dem Haushalt belegen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Statt in die Zukunft zu investieren, kürzen Sie sogar. Sie kürzen 20 Millionen Euro bei der Energie- und Klimapolitik. Die Energie- und Klimafördermittel werden um 35 Millionen Euro gekürzt. Fördermittel für eine klimaneutrale Industrie der Zukunft werden komplett gestrichen. Genau das Gleiche passiert mit den Mitteln für urbane Energielösungen, die Sie angeblich voranbringen wollen. Was ist das für ein fatales Signal für eine klimagerechte Investitionspolitik in Nordrhein-Westfalen?

Wir schlagen Ihnen vor: Wir brauchen für die Kommunen eine verlässliche und substanzielle Unterstützung der Landesregierung für Investitionen in Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.

Wir schlagen Ihnen vor, über zehn Jahre 500 Millionen Euro für die Nutzung erneuerbarer Energien und für Konjunkturimpulse in diesem Land auszugeben.

Wir schlagen Ihnen vor, Arbeitsplätze mit diesem Geld zu schaffen.

Wir schlagen Ihnen ferner vor, das Personal für diese Strukturen auszustatten, genauso wie Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und andere Bundesländer es gemacht haben.

Sie lassen die Potenziale des Klimaschutzes hier in Nordrhein-Westfalen leider auf der Straße liegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Anstatt in die Dächer zu investieren und Photovoltaikanlagen darauf zu bauen, wie wir es Ihnen vorgeschlagen haben, haben Sie gerade mal eine einzige Photovoltaikanlage initiiert. Hier wird echtes Geld, das vom Bund bereitgestellt wird, das dem Klimaschutz nutzt, das für die Zukunft von Nordrhein-Westfalen wichtig wäre, nicht ausgegeben. Leider wird dadurch auch die Klimabilanz massiv verschlechtert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Rahmen der Coronakrise im Frühjahr und im Sommer hat sich das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung massiv verändert. Es hat mehr Homeoffice gegeben, weniger Präsenzsitzungen. Dadurch wurden Dienstfahrten und viele andere Fahrten überflüssig.

Das Fahrrad erlebte einen fulminanten Zuspruch. Allerdings wurden diese Chancen von der Landesregierung nicht genutzt.

Wir brauchen jetzt einen Ausbau der Fahrradwege. Wir brauchen einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Wir brauchen einen Umbau hin zu klima- und menschengerechten Städten. Das nutzt nicht nur dem Klima, sondern auch den Menschen. Sie haben mehr Platz zum Leben, mehr Platz für die Gestaltung und mehr Platz für eine klimagerechte Verkehrspolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

In Großstädten werden immerhin 30 % der Treibhausgase vom Verkehr emittiert, insgesamt sind es 20 %. Was macht der Verkehrshaushalt? – Auch hier werden weiterhin falsche Prioritäten gesetzt; ich komme gleich zum Radwegeausbau.

Ja, es ist mehr Geld im Haushalt, aber in den vergangenen Jahren wurde dieses Geld nie verausgabt. Sie setzen weiterhin auf den Ausbau von Landesstraßen. Allein der umstrittene und überflüssige Ausbau der A3 von sechs auf acht Spuren kostet 59 Millionen Euro.

(Henning Höne [FDP]: Was ist daran überflüssig?)

Das ist mehr als für sämtliche Radwegeinvestitionen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung steht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden morgen einen Antrag der Grünenfraktion zur Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans diskutieren. Ich kann Ihnen nur sagen: Wer heute noch der Meinung ist, dass man so monströse Autobahnbauten wie die A52 durch Essen mit 1 Milliarde Euro Kosten planen kann, wer gleichzeitig nicht in der Lage ist, den öffentlichen Nahverkehr oder auch das Schienenprogramm des Bundes zu finanzieren, der setzt die falschen Prioritäten. Wir brauchen hier eine Umkehr. Wir brauchen einen starken öffentlichen Nahverkehr, starke Radwege und eine ganz neue Mobilität.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt könnte man ja davon ausgehen, dass auch an anderer Stelle der Rotstift angelegt worden ist. Der Kollege Kutschaty hat darauf hingewiesen, dass das mitnichten so ist. Nach meiner Rechnung sind es sogar 812 Stellen – aber vielleicht müssen wir noch einmal nachsehen, die Zahlen liegen ja nicht so weit auseinander –, die sich Herr Laschet und die Ministerien zusätzlich in den letzten Jahren genehmigt haben. Bei dem, was die Landesregierung hier vorlegt, kann ich nur sagen: von Bescheidenheit und Rückkehr überhaupt keine Spur

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt bietet keine Perspektive für eine Reform in Nordrhein-Westfalen. Er bietet nicht die Umkehr hin zu einer klimagerechten Bewältigung der Krise, sondern nur zögerliche Ansatzpunkte, was die Bekämpfung der Pandemie betrifft.

Deswegen werden wir die Haushaltsberatungen natürlich zum Anlass nehmen und eigene Vorschläge unterbreiten. Wir werden in den Haushaltsberatungen klarmachen, dass es eine Alternative zu diesem Haushalt gibt, der rückwärtsgewandt ist, der Mittelmaß ist, sozusagen das Maß der Mitte.

Wir Grüne werden deutlich machen: Das Land Nordrhein-Westfalen hat mehr verdient. Wir brauchen starke Kommunen, einen starken Klimaschutz und einen sozialen Zusammenhalt, der diesen Namen auch verdient. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche* (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, lieber Kollege Mostofizadeh, das war gerade ein richtiges Feuerwerk. Ich habe mich an Ihre Bundesvorsitzenden erinnert gefühlt. Die sind auch immer sehr oberflächlich in ihren Aussagen. Damit mag man in der Oppositionsrolle erfolgreich sein. Aber immer dann, wenn es in eine mögliche Regierungsverantwortung mündet – das haben wir hier von 2010 bis 2017 gesehen –, endet es bei Wahlen in einem Desaster für die Grünen, weil bei Ihnen nämlich die Doppelmoral immer eine Rolle spielt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Begonnen haben Sie am Rednerpult wie in den vergangenen Monaten. Ich habe mich gefragt: Ist die Kommunalwahl in Essen noch nicht zu Ende? Geht der Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt in Essen immer noch weiter?

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Denn letztendlich ging es bei Ihnen nur um Finanzen, die für die kommunale Familie angeblich miserabel seien. Bodo Löttgen hat eben allerdings sehr deutlich dargestellt, dass sich diese auf Rekordhöhe befinden und dass es den Kommunen noch nie so gut ging wie jetzt unter CDU und FDP; ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein dritter Punkt war bei der Rede des Kollegen bemerkenswert. Es gab nach der Rede Beifall ausschließlich aus den Reihen der Grünen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ja, immerhin!)

Ich kann mich hier an viele Jahre erinnern – auch in Oppositionszeiten –, in denen die Grünen noch in der Lage waren, ihren früheren Koalitionspartner SPD zu überzeugen. Anscheinend ist diese Überzeugungskraft völlig abhandengekommen. Mauern bauen sich auf zwischen diesen beiden Oppositionsbänken.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

– Ja, so ist das, Herr Klocke.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mauern bauen sich auf? Das darf doch nicht wahr sein!)

Ich bin gespannt, ob Ihre Strategie am Ende aufgeht und Sie in irgendeiner Art und Weise tatsächlich Verantwortung in diesem Land übernehmen können. Die nächsten Wahlen werden es zeigen. Ich habe so eine Ahnung, dass die Bürgerinnen und Bürger das auf keinen Fall wollen.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Vielmehr wollen die Bürgerinnen und Bürger die Fortsetzung einer verlässlichen und fairen Politik. Und das ist die Politik dieser NRW-Koalition.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir erleben seit März dieses Jahres ein Jahr, wie noch keines war. Corona steht im Mittelpunkt; die Gesundheit eines jeden steht im Mittelpunkt; die Gesundheit der Gesellschaft steht im Mittelpunkt. Nordrhein-Westfalen hat versucht, zu differenzieren und regionale Lösungen vor Ort zu finden. Wir haben versucht, die richtige Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen zu finden.

Es gab andere Regierungen, die von heute auf morgen verboten und erst hinterher nachgedacht haben. Es gab Regierungen, die verpflichtend Tests eingeführt haben und erst hinterher darüber nachgedacht haben, wie sie mit den Ergebnissen umgehen.

Nordrhein-Westfalen hat es bewusst anders gemacht. Wir haben erst nachgedacht. Wir haben zwei, drei, vier Tage abgewogen und uns dann entschieden, einen gemeinsamen Weg – teilweise auch gemeinsam mit der Opposition – zu gehen. Das ist der kluge und richtige Weg. Nordrhein-Westfalen hat es vorgemacht, und die anderen Ländern in Deutschland machen es nach, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen aber nicht nur Corona- und Krisenpolitik. Sie wollen mehr. Sie wollen solide Finanzpolitik. Sie wollen die beste Bildung in Schulen und Kindergärten. Sie wollen wirtschaftliche Perspektiven. Sie wollen die konsequente Arbeit an der inneren Sicherheit. Sie wollen in der Tat eine moderne Mobilität.

In diesem Zusammenhang kommt natürlich immer wieder die Erinnerung an die Jahre 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017 hoch. Da gab es Schuldenhaushalte – übrigens ohne Finanz- oder Coronakrise. Es gab keinen Mut in der Bildungspolitik zum Wechsel von G8 zu G9. Es wurden systematisch Förderschulen aufgelöst. Wir waren Schlusslicht oder auf Abstiegsplätzen in der wirtschaftlichen Entwicklung. In der Infrastrukturpolitik gab es bei Dutzenden von Maßnahmen einen Planungsstopp.

All das wurde mit der Wahl im Mai 2017 geändert, weil es die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land so wollten.

Ich habe eben fünf Punkten genannt, die den Menschen wichtig sind. Einen möchte ich noch hinzufügen, nämlich das Thema „Nachhaltigkeit“. Nachhaltigkeit ist für uns alle wichtig – definitiv. Aber was ist denn Nachhaltigkeit? Wie definieren wir Nachhaltigkeit? Das ist ein Thema,

(Zurufe von den GRÜNEN)

bei dem sich Nordrhein-Westfalen und Deutschland entscheiden müssen. Diese Diskussion, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir führen.

Ist Nachhaltigkeit – in Klammern: nur – Klima- und Umweltschutz? Das ist das, was ich von den Grünen lese.

Oder besteht Nachhaltigkeit aus drei gleichrangigen Elementen, nämlich erstens Klima- und Umweltschutz, zweitens Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand und drittens Sicherung von sozialen Standards? Das ist das Verständnis von Nachhaltigkeit bei der FDP und bei der NRW-Koalition. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir die Menschen nur mit diesem Weg auf Dauer von Nachhaltigkeit überzeugen können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Weil wir gerade bei Unterschieden zwischen CDU und FDP auf der einen Seite und Grünen und anderen auf der anderen Seite sind:

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Grüne und andere?)

Der Unterschied hier in Nordrhein-Westfalen besteht auch in der politischen Kultur. Wie geht man in einer Koalition miteinander um?

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ist man fair, ist man verlässlich, redet man über Probleme, und sucht man gemeinsam nach Lösungen? Oder macht man das gegeneinander, auf offener Bühne, in der Presse, um sich selber darzustellen, um selber Pluspunkte zu sammeln für die eigene Partei, für die eigene Fraktion, und die Vorteile für das Land stehen dabei im Hintergrund?

Wir haben uns für einen fairen und verlässlichen Weg entschieden. Diesen werden wir bis zur Landtagswahl 2022 und, liebe Freundinnen und Freunde, auch darüber hinaus fortsetzen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben in diesem Landeshaushalt – der Finanzminister hat ihn vorgestellt und für die Regierung gesprochen – vieles aus der Coronakrise berücksichtigt. Wir haben aber in allen Bereichen auch mittel- und langfristige Ziele berücksichtigt. Ich werde Ihnen gleich einige nennen.

Zunächst möchte ich aber noch kurz auf die Coronakrise eingehen. Wir haben Menschen erlebt, die mit viel Disziplin, mit viel Rücksichtnahme, mit viel Solidarität, mit einer enorm großen Hilfsbereitschaft und mit viel Eigenverantwortung dazu beitragen haben, dass wir mit klugen Wegen und mit einer Akzeptanz von Einschränkungen – diese Akzeptanz war ja nicht selbstverständlich – so gut aus der Krise gekommen sind wie kaum ein anderes Bundesland und wie kaum ein anderes Land auf der Welt.

Dieses Vertrauen der Menschen in den Staat und in die Politik dürfen wir nicht enttäuschen. Denn je besser wir die Krise in den Griff bekommen, desto mehr müssen sich Staat und Politik zurücknehmen und die Eigenverantwortung der Menschen, der Bürgerinnen und Bürger, wieder stärken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir müssen die Effektivität, Verhältnismäßigkeit und Regeln laufend überprüfen. Das muss ein fortlaufender Prozess sein; denn die Rahmenbedingungen ändern sich von Tag zu Tag. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen – ich sage es noch einmal – haben gezeigt, dass sie sich an Regeln halten. Weil die Menschen das bewusst so tun, hat sich die FDP immer wieder für maßvolle und sinnvolle Lockerungen ausgesprochen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Wir haben noch keine Coronakrise im Herbst oder Winter erlebt. Diese Erfahrung fehlt uns allen. Meine Damen und Herren, wir benötigen entsprechende Rahmenbedingungen. Wir brauchen ein Regelwerk, mit dem wir gesellschaftlich, gesundheitlich und wirtschaftlich gut durch diese Jahreszeit kommen. Eine Zielsetzung allein – nur gesundheitlich oder nur gesellschaftlich oder nur wirtschaftlich – wird nicht ausreichen, um die Menschen zu überzeugen, sondern wird sie enttäuscht zurücklassen. Wir brauchen daher einen Dreiklang.

Dieses Regelwerk liegt noch nicht vor. Darum müssen wir uns kümmern. Darüber müssen wir gemeinsam diskutieren. Wir brauchen dafür Lösungen und nicht nur Verbote, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Kommen wir zum Haushalt. Überall im Haushalt findet auch Gesundheit statt, weil Gesundheit in allen Lebenslagen eine Rolle spielt. Für die eigene Gesundheit ist es gut, wenn man positiv in die Zukunft blickt. Denn wenn man sich weniger Sorgen machen muss, führt das dazu, dass man gesünder ist.

Wir berücksichtigen die Coronakrise im Haushalt in vielen Bereichen, schauen aber gleichzeitig auch nach vorn. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen, unsere Gesellschaft, aber auch die Wirtschaft brauchen wieder Perspektiven. Genau diese Perspektiven zeigt der Haushalt, den Finanzminister Lutz Lienenkämper gerade vorgestellt hat, auf. Laut einer Studie aus dem Juli haben deutlich mehr Deutsche

Angst vor einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation als vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus.

Mit dem größten Rettungsschirm in der Geschichte Nordrhein-Westfalens haben wir gemeinsam die Weichen gestellt und den Unternehmen und der Gesellschaft des Landes gezeigt, dass sie nicht allein durch diese Krise kommen müssen. Wir setzen die Mittel aus dem Rettungsschirm so ein, dass wir zielgerichtet Schäden beheben oder eindämmen und auch für noch nicht absehbare Folgen Mittel in der Hinterhand haben. Die Krise ist derart schwer zu bewerten. Im Herbst und im Winter und bestimmt auch im Frühjahr werden noch viele Tatbestände auf uns zukommen. Daher ist es klug und sinnvoll, Mittel in der Hinterhand zu haben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Viele Auswirkungen des Lockdowns sind schon heute bemerkbar und konkret auszumachen, viele aber eben noch nicht.

Die Argumentation von Teilen der Opposition, wir würden den Rettungsschirm nutzen, um den Haushalt zu schönen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist absurd. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir setzen sämtliche Mittel aus dem Corona-Rettungsschirm genau dafür ein, wofür sie angesetzt worden sind, nämlich zur Behebung der Krise und um der Krise zu begegnen. Genau das zeigt dieser Haushalt, und genau das hat uns Lutz Lienenkämper in seiner Rede eben erklärt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit dem Rettungsschirm konnten wir wirtschaftlichen Schäden in Nordrhein-Westfalen begegnen. Der wirtschaftliche Abschwung in Nordrhein-Westfalen ist daher auch geringer ausgefallen als im Bundesdurchschnitt. Das muss man sich noch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Ich hoffe, Sie haben gut zugehört.

In der wirtschaftlichen Entwicklung und im Vergleich mit anderen Bundesländern hinkt Nordrhein-Westfalen nicht hinterher. Wie wir alle wissen, war das von 2010 bis 2017 genau andersherum. Damals haben wir im Vergleich mit anderen Bundesländern reihenweise Abstiegsplätze belegt. Über diese erfolgreiche Wirtschaftspolitik der NRW-Koalition freuen sich die Familienunternehmer, freuen sich die Freien Berufe, freut sich das Handwerk, freut sich der Mittelstand. Genauso, liebe Kolleginnen und Kollegen, freuen sich die Arbeitnehmer und die Betriebsräte. Sie sind nämlich froh, dass ihre Arbeitsplätze in vielen Bereichen gesichert werden.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

In der Zeit von 2010 bis 2017 hatten sie Angst um ihre Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit dem Rettungsschirm haben wir ein Soforthilfeprogramm auf die Beine gestellt, das Vorbild für ganz Deutschland war und ist und die Bundesprogramme hervorragend ergänzt hat. Bis heute haben knapp 30.000 Unternehmen Anträge auf Überbrückungshilfe gestellt. Wir müssen leider davon ausgehen, dass noch mehr Unternehmen in den nächsten Monaten Anträge stellen müssen.

Deshalb ist die Weiterführung des Rettungsschirms das beste Instrument, um diesen Unternehmen zu helfen und damit zum Erhalt der Arbeitsplätze beizutragen. Das ist genau der richtige Weg. Ich sage es noch einmal: Dafür wird das Geld des Rettungsschirms verwandt, also nur für die Folgen von Corona, auch haushalterisch. – Damit halten wir unser Versprechen ein. Insofern ist der Vorwurf aus den Reihen der Opposition absolut absurd. Wir halten uns an die Regeln.

Ohne Corona – das will ich noch einmal deutlich sagen – würden wir in Nordrhein-Westfalen mit dem Haushalt 2021 keine neuen Schulden machen. Keinen Euro, keinen Cent! Das steht fest.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auf Bundesebene – da haben wir einen SPD-Finanzminister – gibt es Wahlgeschenke, etwa die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes über den Bundestagswahltermin hinaus und die weitere Aussetzung des Insolvenzrechtes. Beides widerspricht dem Grundgedanken unserer Sozialen Marktwirtschaft.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das nennen Sie Wahlgeschenk? – Zuruf von der SPD: Unverschämt!)

– Das ist nicht unverschämt. Davon haben Sie nur leider keine Ahnung mehr.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Fragen Sie einmal Herrn Laumann! Der sieht das genauso wie wir!)

Die Soziale Marktwirtschaft ist das, was Deutschland zusammenhält, was Deutschland trägt, was Arbeitsplätze und Wohlstand sichert. Da steht sogar „sozial“ drin. Deswegen: Kommen Sie doch zu alten Tugenden zurück. Soziale Marktwirtschaft war schließlich auch einmal eine Programmatik der SPD. Und was machen Sie heute, liebe Kolleginnen und Kollegen? Sie kümmern sich um Arbeitslose, aber nicht mehr um wirtschaftlichen Wettbewerb, den Deutschland dringend braucht.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Herr Minister Pinkwart hat gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten gestern in Berlin wertvolle Vorschläge gemacht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Vorschläge reichen?)

Es ist nur logisch, dass Armin Laschet die verlässliche und kluge Zusammenarbeit von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen als Muster für Berlin ansieht und offensiv darstellt.

Wir werden im Jahre 2021 vor einer Richtungswahl stehen. Bekommen wir, wie es Norbert Walter-Borjans gesagt hat, ein Bündnis mit einer grünen Spitze und darunter dann SPD und Linke, also ein Linksbündnis? Die sprechen teilweise davon, DAX-Unternehmen zu verstaatlichen und Mehrfamilienhäuser zu enteignen. Wollen die Deutschen das wirklich? Ich bin der Überzeugung: Nein.

Wir haben noch bis September nächsten Jahres die Aufgabe und die Zeit, den Menschen ausführlich zu erklären, vor welcher Richtungswahl wir im nächsten Jahr stehen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Deshalb werben wir für eine faire, verlässliche und zukunftsorientierte Politik von CDU und FDP hier in Nordrhein-Westfalen und in Berlin, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

In der Krise wollen wir die Innenstädte und die Menschen nicht vergessen. Wir wollen die Menschen gerade in den Innenstädten, in denen sie viel näher zusammen sind als im ländlichen Raum, schützen. In der Weihnachtszeit sind die Geschäfte in den großen Städten samstags völlig überfüllt. Das führt natürlich zu einer Nähe und zu einer Gefahr für die Gesundheit. Wir wollen die Menschen schützen und deshalb den Einkauf von einem Tag auf zwei Tage verteilen. In diesen vier Wochen soll man nicht nur samstags einkaufen können, sondern auch sonntags.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und montags und freitags!)

Menschen zu schützen, steht im Vordergrund. Das führt auch zu einer Belebung der Städte. Und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wünschen sich, dass sie an diesen Tagen arbeiten dürfen, weil es auch sie selbst schützt,

(Beifall von der FDP – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

weil nämlich viel weniger Kunden in den Geschäften sind und sie sich viel einfacher mit den Kunden unterhalten können.

Der Umkehrschluss, meine Damen und Herren, ist klar: Wer diesen Weg verhindert, macht Menschen krank,

(Zurufe von der SPD: Oh! Ui!)

stärkt den Onlinehandel und schwächt unsere Innenstädte.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Kollegen der SPD beschäftigen sich im Moment viel mit sich selbst. In einigen Artikeln in NRW-Zeitungen war von einer Schlammschlacht die Rede. Jetzt könnte die SPD beweisen, dass es mal um Arbeitsplätze geht, um Gesundheit geht, um Handel geht, um Innenstädte geht, dass den Kollegen das wichtig ist. Sie könnten deutlich machen, dass der SPD insbesondere das Ruhrgebiet wichtig ist;

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

denn da spielt all das, was ich gerade aufgezählt habe, eine ganz besondere Rolle.

Bisher macht die SPD das Gegenteil. Ich hätte mir gewünscht und vermutet, dass die Kollegen der SPD nach den Kommunalwahlen und den Ergebnissen der SPD – gerade im Ruhrgebiet, aber auch in ganz Nordrhein-Westfalen – die Kurve kriegen und sich auf alte Werte wie den Einsatz für Arbeitsplätze, für Handel und für Innenstädte besinnen. Bei dem Wahlergebnis in Essen – Essen ist immerhin die Stadt des Fraktionsvorsitzenden der SPD hier im nordrhein-westfälischen Landtag – hätte man übrigens auch auf die Idee kommen können: Vielleicht ändern wir mal was und können die Menschen dann wieder abholen.

Ich nehme dieses bildhafte Beispiel von Herrn Kutschaty mit dem Rheinturm einmal auf und frage mich, ob die SPD oder ob Herr Kutschaty wirklich die Nähe zu den Menschen verloren hat. Man hat den Eindruck, dass er in der zweiten Etage der Tiefgarage im Dunkeln sitzt – ohne Licht, ohne Wind, ohne alles – und gar nicht mehr sieht, was die Menschen, die eigentlich den Sozialdemokraten nahestehen, in Nordrhein-Westfalen denn wollen. Für mich steht fest: Aus der Tiefgarage heraus kann man keine Politik machen – weder aus der Tiefgarage noch vom Rheinturm.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wer mit solchen Bildern spielt, um Schlagzeilen zu produzieren, muss sich dann auch gefallen lassen, dass man sein Büro mit einer Tiefgarage vergleicht. Heute sitzen wir in der dritten Etage des Landtags, im Plenum. Hier gehört die Debatte hin. Wir sollten uns auf den Haushalt konzentrieren und solche Schlagzeilen vermeiden.

(Zurufe von Rainer Schmeltzer [SPD] und Stefan Zimkeit [SPD])

– Ich konnte es leider nicht verstehen. Aber ich weiß, wer da geredet hat.

(Zurufe)

Herr Kutschaty wollte mit seiner Rede die Mieterinnen und Mieter in Nordrhein-Westfalen erreichen. Er hat von dem Mieterschutz gesprochen, der ausgebaut werden muss. Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, was der beste Mieterschutz ist? Genügend Wohnungen in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Das machen wir!)

Für jeden Mieter, der eine Wohnung will, ist auch eine Wohnung da. Aber wenn ein Missverhältnis besteht – ein Minderangebot an Wohnungen und ein Überangebot an Nachfrage nach Wohnungen –, dann führt das leider dazu – das ist Marktwirtschaft, auch Soziale Marktwirtschaft –, dass Mieten steigen.

Deswegen ist die Antwort der NRW-Koalition glasklar: Wir wollen bauen, bauen, bauen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann tun Sie es doch endlich!)

damit wir wieder zu einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt kommen.

Genau das haben Sie doch in Ihrer Regierungszeit versäumt. Der Bauminister sprach doch damals nicht umsonst und ohne Grund von einer Durchgrünung des Landes. Das war doch der wahre Grund. Sie sind mit Ihrem Vorhaben, bauen zu wollen, am Koalitionspartner gescheitert. In diesen sieben Jahren unter Bauminister Mike Groschek wurde leider verhältnismäßig so wenig gebaut wie nie zuvor in Nordrhein-Westfalen. Das Desaster haben wir heute.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir haben zu wenige Wohnungen.

Wir schützen die Mieter wirklich, indem wir Landesbauordnung und andere Bereiche entrümpelt haben, damit endlich wieder gebaut werden kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Fragen Sie einmal die Sozialverbände!)

– Wir reden zumindest mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, die uns ihre Geschichten erzählen, wie sie Wohnungen suchen und keine Wohnungen finden oder Wohnungen finden, deren Miete sie nicht bezahlen können. Ich rede auch gerne mit Sozialverbänden. Das tue ich sehr gerne. Aber ich habe, glaube ich, schon einen sehr guten Bezug zu einer rationalen, vernünftigen und beständigen Sozialpolitik. Den habe ich nicht verloren.

Meine Antwort ist, mit diesen Leuten zu reden und nicht nur mit Verbänden, die man vielleicht für die Partei braucht. Wenn ich mit diesen Leuten rede, spüre ich auch, was sie wollen und wo ihre Sorgen sind. Dann kommt diese Koalition auf der Grundlage von solchen Gesprächen auch zu einer rationalen und vernünftigen Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die digitale Ausstattung an unseren Schulen ist ein weiteres Thema, das in diesem Haushalt eine große Berücksichtigung findet. Wir haben ein Sofortausstattungsprogramm mit einer Größenordnung von 178 Millionen Euro bereitgestellt. Mittel in Höhe von

83 Millionen Euro sind bereits beantragt. Ganz anders läuft das im Vergleich dazu auf Bundesebene.

In der Schulpolitik erleben wir hier im Plenarsaal immer wieder Debatten, die sehr lautstark und aggressiv sind. Teilweise erlebe ich sie sogar als bösartig. Selten sind sie inhaltlich wirklich begründet.

Natürlich ist die Führung des Schulministeriums in der Coronakrise eine Herkulesaufgabe. Es ist unglaublich schwer, diesen riesigen Bereich zu führen und Tag für Tag und Stunde für Stunde die richtigen Entscheidungen zu treffen. Dass nicht alles völlig reibungslos ablaufen kann, ist doch selbstverständlich.

Ich freue mich trotzdem, dass unsere Schulministerin Yvonne Gebauer im Nachhinein immer genau richtig gelegen hat und am Ende für all ihre Entscheidungen, die zunächst fragwürdig erschienen, große Zustimmung erhalten hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diese Inhalte werden hier aber gar nicht diskutiert. Die Kollegen der Opposition brüllen die Ministerin teilweise an. Mit Inhalten hat das wenig zu tun.

Diesen politischen Stil, diese aggressive Art hat es schon öfter gegeben. Ich erinnere mich an die Jahre 2005 bis 2010; damals sprachen wir vom „Jäger 90“. Diese Strategie kann vielleicht vorübergehend erfolgreich sein. Aber am Ende hat dieser miese Politikstil die Akteure immer eingeholt. Das ist auch gut so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Stil bringt weder das Land noch uns in der Sache weiter. Diese Politik der Kollegen Beer und Ott und ihre Aggressivität führen eben nicht zu einer erfolgreichen Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen, sondern vermiesen die politische Kultur in unserem Land.

(Zuruf von Regina Kopp-Herr [SPD])

Wir sollten alle noch einmal darüber nachdenken, ob wir diesen Politikstil nötig haben und fortsetzen wollen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich finde diese Art der Politik aufgrund der bildungspolitischen Bilanz der Zeit von 2010 bis 2017 schon recht mutig. Sie hatten eben keinen Mut zur Umstellung von G8 auf G9. Weitere Stichworte sind „Förderschulen“ und „Schreiben nach Hören“ – ein Desaster. Für mich wäre eine solche Bilanz eher die Motivation dafür, mich etwas zurückzuhalten.

Jetzt gibt es auch noch die Frechheit, ausgerechnet die Digitalisierung an Schulen erheblich zu kritisieren. Wir alle erinnern uns an das Programm von SPD und Grünen „Gute Schule 2020“, das digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrer überhaupt nicht vorsah. Das war Ihre Digitalpolitik.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Das ist überhaupt nicht wahr!)

Heute setzen wir die Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern mit digitalen Endgeräten um. Und Sie wagen es noch, uns dafür zu kritisieren, obwohl das in Ihrer Programmatik gar nicht vorhanden war, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Regina Kopp-Herr [SPD]: Das stimmt nicht!)

Ich bitte um ein bisschen mehr Erinnerungsvermögen, einen rationalen Umgang mit der Vergangenheit und eine faire Behandlung in diesem Hohen Haus. Das würde uns allen gut zu Gesicht stehen, auch gegenüber der Bevölkerung.

Gesundheit bedeutet auch, Vertrauen zu haben. Im Rahmen der Digitalisierung stecken wir weitere 117 Millionen Euro zusätzlich in die Landesverwaltung.

Wir vertrauen grundsätzlich allen Bediensteten der Landesverwaltung in Nordrhein-Westfalen. Dort ist, egal wo, für Rassismus und Intoleranz kein Millimeter Platz. Wo das nicht eindeutig ist, müssen wir klar und schnell aufklären. Natürlich stellen wir keine einzige Berufsgruppe in Gänze unter Pauschalverdacht; denn das wäre falsch und ungerecht. Die NRW-Koalition und auch Minister Herbert Reul dulden aber überhaupt keine verfassungsfeindlichen Tendenzen in der öffentlichen Verwaltung, auch wenn sie noch so klein sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Durch konsequentes Durchgreifen und die Schaffung neuer Vertrauensstellen werden wir weiter an der Aufdeckung und Aufklärung arbeiten. Das machen wir konsequent Tag für Tag. Es braucht aber seine Zeit.

Wir verbinden das auch mit wissenschaftlicher Begleitung an der richtigen Stelle. Das ist selbstverständlich. Der Minister hat das heute noch einmal sehr deutlich gemacht.

Wir stärken die Polizei mit zusätzlichen Stellen. Auch zur Bekämpfung des Kindesmissbrauchs schaffen wir mit zusätzlichen Stellen einen größeren Aufklärungsspielraum. Gerade in diesem Bereich müssen die Strukturen besser miteinander vernetzt werden. Das Wohl unserer Kinder muss für uns alle in diesem Hohen Haus oberstes Gebot sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Gesundheit ist auch eine saubere Zukunft. Wir wollen gesunde Menschen. Wir wollen eine gesunde Umwelt. Wir wollen einen gesunden Planeten.

Wir haben die Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens beim Klimaschutz zunehmend ausgebaut. Die CO₂-Emissionen wurden 2019 um 38,3 % gegenüber

dem Vergleichswert von 1990 gesenkt. Das ist die Politik der NRW-Koalition.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Grün-Rot hat im Jahr 2013 ein Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht. Damals war das Ziel eine Senkung um 25 %. Diese NRW-Koalition hat 38 % erreicht. Daran werden die Menschen erkennen, welche Koalition sich wirklich für Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen einsetzt. Das ist unter Regierungsbeteiligung der Grünen niemals geschehen, sondern geschieht in der Konstellation von CDU und FDP.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Gilt also „Klimaschutz gleich grün“? Oder ist das sogar ein Widerspruch in sich, den ich gerade mit Zahlen nachgewiesen habe?

Schauen wir nach Baden-Württemberg unter Führung eines grünen Ministerpräsidenten. Dort haben sich die Werte im gleichen Zeitraum um 19,6 % reduziert – bei uns hingegen um 38 %. Nordrhein-Westfalen ist beim Klimaschutz also doppelt so gut wie Baden-Württemberg mit einem grünen Ministerpräsidenten an der Spitze.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, die NRW-Koalition aus CDU und FDP hat klare Prinzipien. Was wir versprechen, halten wir auch. Wir werden den Haushalt in den Ausschüssen sowie in zweiter und dritter Lesung beraten. Wir freuen uns darauf, das gemeinsam mit Ihnen zu tun.

Die NRW-Koalition hat einen klaren Kurs mit einer vorbildlichen Gesundheitspolitik, mit solider Finanzpolitik, mit Priorität auf Bildung in Schulen und Kindergärten, mit Perspektiven für Arbeitsplätze und Wirtschaft, mit konsequenter Arbeit an der inneren Sicherheit und mit einer modernen Mobilität. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich auf CDU und FDP verlassen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Wagner das Wort.

Markus Wagner (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Armin Laschet will das Land verlassen. Er fühlt sich nämlich zu Höherem berufen. Wenn es nach ihm geht, dann möchte Armin Laschet Bundesvorsitzender der CDU und damit nicht ganz unwahrscheinlich Bundeskanzler unserer Nation werden.

Das eine ist, was man will, das andere, was man kann. Daher sehen wir uns heute mal an: Kanzler – kann er das?

Legen wir los und beginnen mit dem heute eingebrachten Haushalt. Dieser hat ein Volumen von insgesamt über 84 Milliarden Euro. Damit ließe sich sicherlich eine ganze Menge Gutes bewirken. Als solider Haushälter würde man natürlich erst einmal seine Schulden zurückzahlen.

Da ich nicht parteipolitisch beginnen möchte – man könnte mir ja Befangenheit unterstellen –, hören wir mal, wie unabhängige Experten den Landeshaushalt, den uns der selbst ernannte Demnächst-Kanzler heute vorlegt, bewerten. Können Armin Laschet und seine Landesregierung Haushalt? Kann Armin Laschet Schulden zurückzahlen?

Ich zitiere die von mir sehr geschätzte Präsidentin des Landesrechnungshofes Frau Professorin Brigitte Mandt:

Die sehr hohen Schulden werden durch einen Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung des Landes mit der der großen Flächenländer deutlich. In 2018 lag der Schuldenstand Nordrhein-Westfalens bei 7.606 Euro pro Einwohner. Bayern und Baden-Württemberg hatten hingegen mit 1.222 Euro und 1.287 Euro pro Kopf einen wesentlich geringeren Schuldenstand.

Weiter:

„Die Haushaltslage des Landes vor Beginn der Coronakrise war geprägt durch die finanziellen Möglichkeiten, die sich aus den deutlich gestiegenen Steuereinnahmen ergaben.

Dennoch hat es die Landesregierung versäumt, die sprudelnden Steuereinnahmen zu einer durchgreifenden Konsolidierung des Landeshaushalts zu nutzen. Der LRH“

– ich füge hinzu: ebenso wie wir –,

„bleibt bei seiner in den letzten Jahren immer wieder dargelegten Auffassung, dass vorhandene Spielräume genutzt werden sollten, um Schulden zu tilgen. Der Abbau des hohen Schuldenstandes sollte nachhaltiger Bestandteil der Haushaltspolitik des Landes sein.

Wäre dies in der Vergangenheit geschehen, wäre das Land mit einem geringeren Schuldenstand in die Zeit gestartet, in der die Schuldenbremse gilt. Der Verzicht auf eine durchgreifende Schuldentilgung führte dazu, dass der am Ende des Haushaltsjahres 2019 ... bestehende hohe Schuldenstand von rund 143,9 Mrd. Euro unberührt blieb.“

Was die Präsidentin da so diplomatisch formuliert, heißt nichts anderes als: Die Landesregierung hat die Schulden nicht getilgt. – Die Haushaltsführung

war bereits vor Corona davon geprägt, dass Herr Laschet die Schulden nicht zurückzahlen wollte.

Wer im Privatleben seine Schulden nicht tilgt, der ist in der Regel unten durch. Armin Laschet hingegen will dafür Kanzler werden.

Rund 144 Milliarden Euro Schulden hat das Land. Ganze 572 Millionen Euro hat die Landesregierung in dann vier Haushaltsjahren zurückgezahlt.

Um das ins Private zu übertragen, müssen Sie einfach ein paar Nullen streichen. Stellen Sie sich Folgendes mal vor: Sie leihen jemandem 14.400 Euro, und derjenige zahlt Ihnen trotz eines üppigen Gehaltsplus ganze 57,20 Euro zurück. – Würden Sie so jemandem Ihr Geld leihen? – Natürlich nicht.

Wir müssen also festhalten: Armin Laschet geht nicht wie ein Staatsmann weitsichtig und vorausschauend, solide und generationengerecht mit den Staatsfinanzen um. Er geht damit um wie ein mittelmäßiger Parteipolitiker. Haushalt kann er also schon mal nicht.

Jetzt – wir haben es gehört – sind noch mal 25 Milliarden Euro zusätzliche Schulden da. Der Grund: Corona. – Oder besser gesagt: Der Grund sind die Maßnahmen dagegen – Maßnahmen, die ganze Branchen und damit Familien und den Einzelnen treffen. Die Folgen sind Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Gehaltsverlust, Pleiten, Insolvenzen, Armut und Altersarmut.

Daher müssen wir nach der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen fragen.

Seit nunmehr einem halben Jahr lesen und hören die Bürger kaum etwas anderes als Corona. Sie hören und lesen dabei mittlerweile aber fast ausschließlich von Infektionszahlen und so gut wie nichts über tatsächlich Erkrankte oder gar Verstorbene. Drei Infizierte hier, 80 dort – so geht es Tag für Tag und Artikel für Artikel. Damit wird Angst ausgelöst, und damit werden die einschränkenden Maßnahmen begründet – ob Lockdown, Milliardenschulden oder Maskenzwang. Die Zahlen werden aber nicht eingeordnet. Es wird nicht wirklich gesagt, was das heißt.

Aber dann, letzten Montag – ich zitiere auszugsweise bzw. angelehnt an Boris Reitschuster –, kommt selbst im Ersten ein Bericht, bei dem man denkt: Was ist denn da in der ARD los? Hat der Coronamaßnahmen-skeptiker und Bestsellerautor Professor Bhakdi einen Kontrollraum des NDR in Hamburg unter Kontrolle gebracht und einen selbst produzierten Beitrag ausgestrahlt? – Das hat er natürlich nicht, zumal der SWR-Intendant Kai Gniffke ganz offen zugegeben hat, dass der Professor faktisch Bildschirmverbot hat.

Aber was ist dann passiert im Ersten?

Kaum hat die Kanzlerin Alarmstimmung verbreitet mit erschreckenden Zahlen von bis zu 20.000 Neuinfektionen, die bald drohen würden, schon geschieht

das Unglaubliche. Was am Montagabend in einer Coronasondersendung zu sehen war, entsprach in etwa dem, wofür ein Normalsterblicher noch einen Tag zuvor vom ARD-Faktenfinder in die Ecke von Coronaleugnern gestellt worden wäre.

Eine Extrasendung fast wie aus den Glanzzeiten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Da wird das ständige Schüren von Alarmstimmung in den Medien durch die reinen Infektionszahlen thematisiert – auch im eigenen Kanal der ARD.

Und dann wird diese Methode kritisch hinterfragt. Der Virologe Hendrik Streeck etwa warnt: Die Infektionszahlen sagen nur bedingt etwas aus, weil nur ein geringer Teil eine medizinische Versorgung braucht.

Wir sollten versuchen, von dieser Zahl wegzukommen, mahnt auch Torsten Bauer, der Leiter einer Berliner Lungenklinik, dessen COVID-19-Station seit zwei Wochen fast leer steht, ebenso wie in vielen Krankenhäusern in Deutschland. Immer nur die Zahl der Neuinfektionen zu nennen, hält der Professor für wenig aussagekräftig:

Ich als Mediziner hätte gerne dagegen die Zahl der Krankenhausaufnahmen gespiegelt, weil die absolute Infektionszahl für den Mediziner ja nur sagt: „Wie viele haben sich infiziert?“, aber nicht: „Wie viele waren krank?“, und wir müssen wissen, worauf wir uns im Krankenhaus einstellen müssen, so der Professor.

Sodann blendet die ARD Grafiken ein, für deren Verbreitung man bislang noch damit rechnen musste, als „Covidiot“ beschimpft zu werden. Da wird gezeigt, wie massiv die Zahl der Infizierten seit dem Frühjahr gesunken ist und wie trotz deren Anstieg in den vergangenen Wochen die Zahl der Krankenhausaufenthalte gleich gering bleibt. Statt 20 % der Infizierten werden derzeit nur noch 6 % in einer Klinik behandelt, heißt es in dem Beitrag.

Der jüngste Anstieg der Neuinfektionen führt derzeit nicht zu mehr Krankenhauseinweisungen, weil sich überwiegend junge Menschen anstecken, die wenig oder gar nicht erkranken. Deshalb wären auch steigende Neuinfektionen zunächst kein Problem.

Professor Streeck sagt dann, alle Virologen würden damit rechnen, dass sich die Zahl der Infektionen in den nächsten Wochen massiv erhöhen werde.

20.000 Neuinfektionen pro Tag, das klingt erst mal nach Apokalypse, das sind enorme Zahlen, aber im Grunde sollte uns das keine Angst machen, weil ein milder Verlauf oder ein Verlauf ohne Symptome trägt nicht so stark zum Infektionsgeschehen bei, so Streeck.

Bemerkenswert: Professor Streeck entkräftet in der ARD zur besten Sendezeit genau das Schreckensszenario von Angela Merkel, unter Nennung der identischen Zahlen – faktisch eine dezente aber

schallende Ohrfeige für die Kanzlerin und den Rest der Politik.

So Boris Reitschuster.

(Beifall von der AfD)

Bei vielen Coronaschlagzeilen bekommt man schnell Angst. Doch sieht man genauer hin, so bricht manche Überschrift zusammen, wie ein schlecht zubereitetes Soufflé. Aber die Furcht bleibt hängen.

Auch in den rund 30.000 Intensivbetten an deutschen Krankenhäusern liegen im Moment nur 447 Infizierte, so die ARD:

9.543 Menschen sind in Deutschland von März bis Anfang Oktober an oder mit dem Coronavirus gestorben. – Klingt dramatisch. Was die meisten Menschen aber nicht wissen: In Deutschland sterben im Schnitt jede Woche zwischen 16.000 und 20.000 Menschen, etwa an Herzinfarkten oder an Krebs. Im Coronajahr 2020 starben insgesamt bis Mitte März weniger Menschen als im Durchschnitt der Vorjahre, im April durch Corona für wenige Wochen deutlich mehr, ab Ende April starben nicht mehr als üblich, der Anstieg Mitte August lag an der Hitze, was die nächste Kurve zeigt. – Soweit die ARD.

Andreas Gassen, der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung sagt dann das vermeintlich Ungeheuerliche: In Deutschland gibt es keine Übersterblichkeit. – Das heißt verkürzt: Es sterben nicht mehr Menschen als in jedem normalen Jahr ohne Corona.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das ist auch gut so, oder?)

Wenn das der hauseigene ARD-Faktenfinder mitbekommt, wird vermutlich auch die ARD zur Reichsbürger-, Coronaleugner-, Schwerverbrecher-Truppe gestellt. Auch andere selbsternannte Faktenfinder, wie etwa das linke CORRECTIV, zünden regelrechte sprachliche Nebelgranaten, die zumindest beim flüchtigen Leser den Eindruck erweckten, als gebe es eine Übersterblichkeit, so Reitschuster.

Ob die Faktenfinder sich jetzt auch auf die ARD stürzen werden, bleibt abzuwarten. In dem Beitrag geht es im gleichen ketzerischen Duktus weiter. Professor Streeck fordert: Wir müssen eine Normalität finden.

Jedem schwer Erkrankten müsse die bestmögliche medizinische Versorgung verschafft werden. Aber: Das Virus wird nicht mehr aus dem Menschen ausgetrieben werden können. Wir müssen anfangen, mit dem Virus zu leben. – Es gehe nun darum, die Risikogruppen zu schützen, und das könne der Einstieg in eine neue Phase sein: das Leben mit dem Virus.

Sodann wird auch Professorin Ursel Heudorf interviewt. Die Frage an sie: Welche Gefahr sie in der Konzentration auf die Zahlen der Neuinfektionen sehe. Die Medizinerin betont, es habe sich eine

Entkopplung zwischen Infektionen, Krankenhauseinweisungen bzw. Todesfällen abgezeichnet: Wir sollten darüber berichten, dass zurzeit sehr wenige Menschen in die Krankenhäuser müssen und auch sehr wenige sterben. – Weiter sagt die Professorin:

Sie haben die Zahl von 9.500 Todesfällen berichtet. Dazu kann ich noch mehr sagen, nämlich, dass 9.000 von diesen 9.500 vor dem Juli verstorben sind, und in den letzten drei Monaten, obwohl wir einen Anstieg von über 100.000 Infizierten hatten, nur 500. Da hat eine große Entkopplung stattgefunden, und das muss endlich mehr kommuniziert werden.

– Das tue ich an dieser Stelle.

(Beifall von der AfD)

Dann fordert die Medizinerin: Jetzt muss man sich fragen, ist es weiter sinnvoll, diese Containmentstrategie fortzuführen – also harte Maßnahmen –, oder muss man langsam in die zweite Phase, nämlich dass wir mehr unsere Anstrengungen konzentrieren auf den Schutz der vulnerablen Gruppen, also etwa von Alten und Vorerkrankten.

In Frankfurt sei der letzte Bewohner eines Alten- und Pflegeheims im Juni an Corona verstorben, so die Professorin. Einzelne Infektionen seien nicht zu verhindern, aber eine Ausbreitung: Das haben wir gelernt.

Soweit aus Boris Reitschusters Aufbereitung der ARD-Extra-Sendung.

Man muss also fragen: Haben die Regierungsparteien im Sinne ihres Amtseids ihre Entscheidungen tatsächlich stets besonnen, verantwortungsbewusst, ausgewogen und auf Basis gesicherter Faktenlage getroffen? Oder haben sie sich vielfach von Emotionen, Ängsten, medialem Druck und der Versuchung, unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes mehr Kontrolle ausüben zu können, leiten lassen?

Die Angst der Bevölkerung vor COVID-19 ist laut Umfragen – wir haben es eben gehört – aktuell höher denn je, obwohl es mittlerweile als erwiesen gilt, dass das Virus deutlich weniger gefährlich ist, als man Anfang des Jahres dachte. So gibt es beispielsweise keine Übersterblichkeit in Deutschland. Die Politik hat die Menschen also nachhaltig verunsichert und zwar in einer Weise, dass sich selbst viele Patienten mit einem Herzinfarkt oder Schlaganfall nicht mehr in die Klinik getraut haben.

Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte werden massiv eingeschränkt. Gleichzeitig sagen Ökonomen eine baldige Pleitewelle voraus. Massenentlastungen sind fast schon an der Tagesordnung. – Die letzten Schlagzeilen waren eindeutig, und wir hätten auch gerne in einer Aktuellen Stunde darüber diskutiert. Die Wirtschaftsprognosen sind alarmierend. So stellt sich zunehmend die Frage, ob uns nicht krank macht, was uns eigentlich gesund halten soll.

Wir werden deshalb morgen einen Untersuchungsausschuss „Corona“ beantragen. Die Forderung nach einem PUA „Corona“ ist dabei nicht notwendigerweise als Misstrauensantrag zu verstehen. Aber nur dieser sichert die unabdingbare parlamentarische Kontrolle über Maßnahmen, die von vielen Menschen als willkürlich oder zumindest als Überreaktion angesehen werden.

Es ist wichtig, dass wir die vielen unterschiedlichen Coronaverordnungen begründen und nachvollziehbar machen oder sie als falsch und unsinnig entlarven, um für die Zukunft bessere Lösungen entwickeln zu können.

(Beifall von der AfD)

Dazu zusammenfassend aus der „Bild“:

Die Gesundheitsbehörden in Deutschland stehen an vorderster Front im Kampf gegen das Coronavirus. Im Hessischen „Ärzteblatt“ hat der Chef des Frankfurter Gesundheitsamtes, Professor René Gottschalk, eine Bilanz der Pandemie gezogen.

Immer weniger COVID-19-Infizierte müssen in ein Krankenhaus aufgenommen werden – dies trotz der Zunahme der gemeldeten Fälle im August. Seit vielen Wochen nehmen schwere Krankheitsverläufe ab; schwere Atemwegssymptome und Beatmungspflicht treten nur noch selten auf.

Professor Gottschalk und seine Co-Autorin Professor Ursel Heudorf vergleichen in ihren Ausführungen die Zahl der Todesfälle bei einer Coronainfektion mit der bei Grippe und Hitzewelle.

Zitat:

„Eine Übersterblichkeit ist weder in der Gesamtbevölkerung noch in der Gruppe der Hochrisikopatienten (...) zu verzeichnen.“

Die Sterbestatistik ... zeigt im ersten Halbjahr 2020 keine Auffälligkeiten – im Gegensatz zu erkennbar höheren Sterbezahlen während der Influenza-Zeiten 2017 und 2018 sowie während der Hitzeperiode im Juli 2018.“

Dies belegen Grafiken, die Gottschalk und Heudorf auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes erstellt und mit veröffentlicht haben. Auf denen ist die deutlich erhöhte Übersterblichkeit im Januar 2017 bzw. 2018 – Grippewelle mit 25.000 Toten – sowie im Juli 2018 – Hitzewelle – zu erkennen.

So starben laut Zahlen des Robert-Koch-Instituts in Hessen 2018 740 Menschen an Hitze und bislang 537 an Corona. In Berlin gab es 2018 490 Hitzetote und dieses Jahr 226 Coronaopfer. Professor Bernd Salzberger, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Infektiologie, stimmt Gottschalk zu: Die Interpretationen sind solide, die Sterbefallzahlen würde ich genauso interpretieren.

Weitere Erkenntnisse der beiden Professoren – ich zitiere erneut –:

„Es gibt keine Hinweise, dass die schrittweise Wiedereröffnung der Schulen zu einer erkennbaren Zunahme an Infektionen bei Kindern und Schulpersonal geführt hat ...“

Die Schule sei kein Hochrisikoarbeitsplatz.

Bei den gängigen Coronatests gibt es immer wieder falsch-positive Ergebnisse. Die Betroffenen sind also gar nicht krank, obwohl der Test es anzeigt.

Bei niedriger Prävalenz sind die PCR-Tests häufig falsch positiv. Heißt: Bei Menschen, die gar kein Corona haben, wird ein positives Ergebnis erzielt, insbesondere, wenn viele Menschen ohne Symptome getestet werden. Und: Ein PCR-Test alleine sagt nichts über eine mögliche Infektiosität des Betroffenen aus.

So in der „ARD Extra“-Sendung.

Aber zieht die Politik daraus die richtigen Schlussfolgerungen? Zieht Armin Laschet daraus die richtigen Schlussfolgerungen? – Es ist doch jetzt schon klar, dass es ganz massive Auswirkungen auf die Struktur unserer Wirtschaft und damit unserer Gesellschaft haben wird. Die Schulden wachsen ins Unermessliche, und wir werden nach der momentan von der herrschenden Politik verschleppten Insolvenzwellen viele kleine Unternehmen verlieren, die von größeren und ganz großen aufgekauft respektive ersetzt werden, weil diese im Gegensatz zum kleinen Mittelstand das Kapital dafür haben.

Das trifft die Menschen existenziell, und das hat auch soziologische Auswirkungen, beispielsweise für die Selbständigenquote im Volk. Es wird auf Familienfeiern weniger Menschen geben, die die freiheitliche Sicht eines Selbständigen einbringen werden. Es wird auch für manche Arbeitnehmer bedeuten, dass sie ein weniger enges Verhältnis zu ihrem Chef haben werden, weil der Laden von einem Größeren geschluckt wurde.

Und wir sehen auch die arabisch-türkischen Clans kommen. Die haben nämlich genug Schwarzgeld aus ihren kriminellen Aktivitäten und machen bereits Angebote für von Insolvenz bedrohte Unternehmen. Da müssen wir dringend aufpassen.

Wir müssen übrigens auch aufpassen, weil Sie außer ein paar sogenannten Nadelstichen gegen die Clans eines nicht tun: Sie verhindern weder das personelle Aufwachsen durch den Zustrom über die ungeschützten Grenzen noch sorgen Sie für den Abfluss aus diesen kriminellen Milieus durch konsequente Abschiebung.

Dadurch bilden sich immer neue Clans, wie auch das Landeskriminalamt Ihnen ins Stammbuch schreibt. Nun bekommen wir Verteilungskämpfe zwischen

Syrern und Irakern mit Kriegserfahrung und den arabisch-türkischen Verbrecherbanden.

Sie haben aus der Geschichte der Clankriminalität nicht gelernt. Als ich den Innenminister im Ausschuss fragte, wie viele clankriminelle Schwerverbrecher denn abgeschoben worden seien, wusste er keine Antwort. Das ist mir auch klar, weil die Zahl wohl gegen 0,0 gehen wird. – Was für ein Versagen, und was für eine unnötige Produktion von Opfern, die es ohne diese Politik gar nicht gäbe!

(Beifall von der AfD)

Gelernt haben Sie auch aus 2015 nicht. Nicht nur wird die Westgrenze durch Armin Laschet vorsätzlich nicht geschützt, auch beim Erpressungsversuch einiger krimineller Brandstifter aus Moria haben Sie nichts Besseres zu tun, als sich am Überbietungswettbewerb zur Anzahl zusätzlich ins Land zu holender Personen zu beteiligen – und das, obwohl wir doch in Sachen Integration immer größere Probleme bekommen.

Sprechen Sie beispielsweise mal mit ein paar Geschäftsleuten in der Düsseldorfer Altstadt. Das ist ja nur ein paar Hundert Meter vom Plenarsaal entfernt. Fragen Sie mal, wer dort Stress macht – bis hin zu Mordversuchen.

Aber darüber darf man ja angeblich nicht sprechen. Das ist rechtspopulistisch; das ist politisch nicht korrekt. Diese Verengung des Meinungsspektrums trifft immer mehr Menschen, und die sind zu Recht um unsere freiheitliche Debattenkultur besorgt. Denn Probleme werden durch Verschweigen und Schönreden eben nicht gelöst, sondern sie werden nur schlimmer.

Gerade erst haben Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle den Appell für freie Debattenräume initiiert. Ich zitiere den Appell für freie Debattenräume:

„Von Veranstaltern ausgeladene Kabarettisten. Zensurierte Karikaturisten. Pauschal verbotene Demonstrationen. Schriftsteller, deren Bücher aus dem Sortiment genommen werden oder von Bestsellerlisten getilgt werden. Verfolgte und eingesperrte Whistleblower & Enthüller. Operaufführungen, die abgesagt werden. Seminare oder Vorlesungen, die nicht stattfinden können, weil sie gestört werden. Verlage, die gedrängt werden, bestimmte Bücher nicht herauszubringen. Befreien wir das [...] Denken aus dem Würgegriff.“

So die Verfasser des Appells. Und weiter:

„Absagen, löschen, zensieren: seit einigen Jahren macht sich ein Ungeist breit, der das freie Denken und Sprechen in den Würgegriff nimmt und die Grundlage des freien Austauschs von Ideen und Argumenten untergräbt. Der Meinungskorridor wird verengt, Informationsinseln versinken, Personen des öffentlichen und

kulturellen Lebens werden stummgeschaltet und stigmatisiert.

Wir erleben gerade einen Sieg der Gesinnung über rationale Urteilsfähigkeit.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Nicht die besseren Argumente zählen, sondern zunehmend zur Schau gestellte Haltung und richtige Moral. Stammes- und Herdendenken machen sich breit. Das Denken in Identitäten und Gruppenzugehörigkeiten bestimmt die Debatten – und verhindert dadurch nicht selten eine echte Diskussion, Austausch und Erkenntnisgewinn. Lautstarke Minderheiten von Aktivisten legen immer häufiger fest, was wie gesagt oder überhaupt zum Thema werden darf. Was an Universitäten und Bildungsanstalten begann, ist in Kunst und Kultur, bei Kabarettisten und Leitartiklern angekommen.

Inzwischen sind die demokratischen Prozesse selbst bedroht. Der freie Zugang zum öffentlichen Debattenraum ist die Wesensgrundlage eines jeden künstlerischen, wissenschaftlichen oder journalistischen Schaffens sowie die Basis für die Urteilskraft eines jeden Bürgers. Ohne freie Debatten und freie Reden gibt es keine funktionierende Demokratie. Wie wollen wir in Zukunft Sachfragen von öffentlichem Interesse behandeln? Betretet und eingehegt – oder frei?

Die gezielte Verunglimpfung von Intellektuellen, Künstlern, Autoren und jedem, der von der aktuell herrschenden öffentlichen Meinung abweicht, ist eine inakzeptable Anmaßung. Freie Rede und Informationsgewinnung sowie freie wissenschaftliche oder künstlerische Betätigung sind Rechte und nicht Privilegien, die von dominierenden Gesinnungsgemeinschaften an Gesinnungsgleiche verliehen und missliebigen Personen entzogen werden können.

(Beifall von der AfD)

Es ist dabei unerheblich, auf welcher politischen Seite die Gruppierung steht, ob sie religiös, weltanschaulich oder moralisch motiviert ist – ein Angriff auf die Demokratie bleibt ein Angriff auf die Demokratie.

(Beifall von der AfD)

Wir fordern“

– so in dem Appell –

„sämtliche Veranstalter, Multiplikatoren oder Plattformbetreiber auf, dem Druck auf sie standzuhalten und nicht die Lautstarken darüber entscheiden zu lassen, ob eine Veranstaltung stattfindet oder nicht.

Wir solidarisieren uns mit den Ausgeladenen, Zensierten, Stummgeschalteten oder unsichtbar Gewordenen. Nicht, weil wir ihre Meinung teilen. Vielleicht lehnen wir diese sogar strikt ab. Sondern weil wir sie hören wollen, um uns selbst eine Meinung bilden zu können.

Wir möchten das unselige Phänomen der Kontaktschuld beenden. Ohne sie wäre die Absageunkultur nicht möglich. Kontakt ist nicht geistige Komplizenschaft. Die Nutzung einer gemeinsamen Plattform oder Bühne ändert nichts daran, dass jeder für sich spricht und auch nur dafür verantwortlich ist, was er oder sie sagt.

(Beifall von der AfD)

Auch die Unterzeichner dieses Appells sprechen jeweils nur für sich selbst. Uns eint vielleicht nichts, außer die Sehnsucht nach einer aufregenden, für beide Seiten erhellenden Konversation und nach einem vielfältigen Kulturangebot, was auch immer jede und jeder darunter verstehen mag.“

Unterschrieben haben unter anderem Dieter Nuhr, Günter Wallraff, Necla Kelek und viele mehr. Unterschrieben habe auch ich.

Eine unwürdige Rolle spielen dabei auch die alten Medien aus zwangsfinanziertem Rundfunk und untergehenden Zeitungen. Denen laufen die Zuhörer und Leser weg. Armin Laschet und die alten Parteien wollen denen dafür nun die Verluste ausgleichen. Das bedeutet, noch höhere Zwangsgebühren für ARD und ZDF und der Versuch, die Presse über Anzeigenschaltungen und direkte Gelder zu kaufen. Sie werden damit den Prozess der Delegitimierung der Medien nur noch beschleunigen.

Es ist daher kein Wunder, dass wir als AfD mit derart weitem Abstand führend in den sozialen Medien sind – auf die Zahlen komme ich gleich noch zurück –, und das, darob die Unfreiheit und Gleichschaltung auch im Netz Einzug halten.

Aber auch das wird Ihnen ebenso wenig nützen wie die schamlose Erhöhung der Fraktions- und Mitarbeiterbudgets um 89 % und damit über 40 Millionen Euro in den letzten drei Jahren auf Kosten der Steuerzahler. Dreist haben Sie die Mittel für sich selbst erhöht. Ihr angeblicher Grund damals: die Social-Media-Arbeit der Fraktionen.

Dann sehen wir uns doch mal an, was die einzelnen Fraktionen hier im Haus so geleistet haben:

YouTube: AfD über 22 Millionen Aufrufe. Alle anderen zusammen, CDU, SPD, FDP, Grüne: 755.000. Allein im Vergleich zur SPD, der ehemaligen Regierungspartei, sind wir mehr als 1.000-mal so gut. Ebenso sind wir mit Abstand auf Platz 1 bei Facebook, und auch bei Instagram sind wir vorne. Die Daten zeigen also: Sie haben nichts getan und sich das

Geld sozusagen in die Tasche gesteckt. Das ist eine Schande und ein Ausweis von Inkompetenz gleichermaßen.

So auch der Leistungsvergleich für die parlamentarischen Initiativen. Kleine Anfragen pro Kopf: CDU null, FDP null, SPD 8,4, Grüne 11,1 und wir als AfD 25,4. Anträge in diesem Jahr pro Kopf: CDU 0,78, SPD 0,93, FDP 2,04, Grüne 3,71 und wir als AfD 4,08. Das ist die parlamentarische Leistungsbilanz von CDU, FDP, SPD und Grünen.

Da wundert es nicht, dass deren gemeinschaftliche Leistungsbilanz auch in Sachen „Infrastruktur“ mehr als schlecht ausfällt. Alle zusammen haben Sie Straßen und Brücken nicht anständig gepflegt. Alle zusammen haben Sie es versäumt, uns beim Breitband- und Glasfaserkabelausbau auf das notwendige Niveau zu bringen.

Zu den Stärken der deutschen Wirtschaft gehört ihr Ruf. Nur weil man uns vertraut, dass wir organisieren können, dass wir termingerecht arbeiten und Spitzenqualität abliefern, können wir auf dem Weltmarkt auch mal teurer sein. Das heißt auch, unseren Arbeitern und Angestellten höhere Löhne zahlen zu können.

Aber wie lange, glauben Sie, wird dieser Ruf noch anhalten, wenn die Bahn nicht pünktlich, die Straßen nicht gepflegt, die Brücken marode und neue Flughäfen peinlich sind? Nicht mehr lange! Und das wird zum Problem für ein Land, das genau darauf angewiesen ist.

Dazu gehört auch die vermurkste Energiewende, die Sie alle hier im Haus in Nuancen vertreten und die zu den höchsten Strompreisen für Bürger und Wirtschaft geführt hat. Aus Zeitgründen kann ich auf den ganzen Schwachsinn rund um die Windräder heute leider gar nicht eingehen. Und bei all dem macht Armin Laschet nun wirklich keine sonderlich gute Figur.

Was er kann, ist es, sich in Talkshows einladen zu lassen. Das liebt er. Aber je öfter ihn die Deutschen sahen, desto mehr gingen seine Zustimmungswerte zurück. Wenn es um den CDU-Vorsitz geht, dann sind laut Umfrage ganze 9,7 %

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

für Armin Laschet. Ähnlich ist es auch, wenn man die Bürger nach dem favorisierten Kanzlerkandidaten fragt: 56 % nennen Söder, 30 % Friedrich Merz und gerade einmal 24 % sehen Armin Laschet so, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Markus Wagner (AfD): ... wie er sich selbst sieht.

Wir können also feststellen – damit komme ich zum Ende -: Haushalt, also Schuldentilgen, ist nicht seine

Art. Das Abschieben von Terrorgefährdern und Kleinkriminellen bekommt er nicht auf die Reihe.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit!

Markus Wagner (AfD): In der Coronakrise überzeugen

(Zurufe)

ging auch nicht so recht, meine Damen und Herren. Das Ergebnis ist ein glattes Totalversagen der Landesregierung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Für alle diejenigen, die jetzt etwas irritiert waren: Wir sind nach wie vor beim Tagesordnungspunkt 1, der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zum Haushaltsplan 2021.

Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit* (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war jetzt etwas überrascht, weil ich dachte, der Finanzminister ergreift zunächst das Wort.

Ich glaube, wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass Thomas Kutschaty mit seinem Vorwurf der Abgehobenheit recht hat, dann hat diese Haushaltsdebatte das geliefert.

(Christof Rasche [FDP]: Er ist noch nicht mal da!)

– Herr Rasche, weil Sie gerade dazwischenrufen: Dann beschweren Sie sich zumindest auch bei Ihrem Kollegen Löttgen, der auch nicht anwesend ist. Das nur bei Herrn Kutschaty zu machen, zeigt mal wieder beispiellos, wie Ihr Rufen nach Fairness in die Tat umgesetzt wird.

(Christof Rasche [FDP]: Sie haben ihn gerade angesprochen!)

Herr Rasche hat gerade versucht, sich hier zum Arbeiterführer aufzuzwingen, und hat dabei nur gezeigt, wie weit er von den Menschen in diesem Land weg ist. Er hat allen Ernstes gesagt: Während unserer Regierungszeit hatten die Menschen keine Angst um ihren Arbeitsplatz. – Welch eine Verhöhnung für die Kolleginnen und Kollegen von real, von Thyssen, von Karstadt, von MAN GHH und von Conti, die ständig um ihren Arbeitsplatz fürchten

(Beifall von der SPD)

und sich Sorgen machen! Sich hier hinzustellen und zu sagen, sie bräuchten sich keine Sorgen zu machen, ist eine wirkliche Verhöhnung.

Dann schlagen Sie als Antwort vor, um deren Angst zu beseitigen, die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes abzuschaffen. – Damit treiben Sie Menschen in die Arbeitslosigkeit. Sie nehmen ihnen nicht die Angst, sondern Sie machen ihnen Angst. Das zeigt, wie weit Sie von diesen Menschen weg sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie dann als Lösung für die Innenstädte die einzige Antwort haben, unser 1-Milliarde-Euro-Förderprogramm für die Innenstädte abzulehnen und zu sagen „Sonntagsöffnungszeiten, Sonntagsöffnungszeiten!“,

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

wie steht es denn da mit Ihrer Rechtsstaatlichkeit? Ich zitiere aus dem OVG-Urteil:

„Ebenso wenig entspreche es rechtsstaatlichen Grundsätzen, wenn das zuständige Landesministerium an einem Erlass festhalte, der fortlaufend weitere Städte und Gemeinden zu verfassungswidrigen Entscheidungen verleite ...“

Das ist zu Ihren Sonntagsöffnungszeiten geschrieben worden. Und Ihre Antwort ist, noch mehr Sonntagsöffnungszeiten auf den Weg zu bringen. Das ist eine Verhöhnung des Rechtsstaats, Herr Rasche, was Sie hier vornehmen.

(Beifall von der SPD)

Es geht weiter mit der Frage: Wie gehen wir mit dem Rettungsschirm um? Sie haben gesagt, Sie helfen den Menschen mit dem Rettungsschirm, und das sei das einzige Ziel. 1,5 Milliarden der 25 Milliarden Euro haben Sie bisher an die Menschen in diesem Land gebracht, 1,5 Milliarden! Glauben Sie ernsthaft daran, die Menschen brauchen diese Hilfe nicht?

Nein, Sie haben die entscheidenden Vorschläge, um den Menschen zu helfen, immer abgelehnt. Sie haben sich geweigert, den Familienbonus aufzustocken. Sie haben sich geweigert, Gastronomieveranstaltungen und Schaustellern in ihrer schwierigen Situation zu helfen. Sie haben sich geweigert, die Innenstädte zu unterstützen. Und Sie haben sich geweigert, einen Bonus für die Pflegekräfte zu bezahlen, die in Krankenhäusern ihren schweren Dienst gemacht haben. Das haben Sie alles getan, um das Geld in den Haushalt überführen zu können.

Deswegen ist dies richtig: Sie wollen nicht die Menschen und die Arbeitsplätze in diesem Land retten, sondern nur Ihren Landeshaushalt, indem Sie so tun, als würden Sie keine Schulden machen.

(Beifall von der SPD)

Es geht weiter. Herr Löttgen ist leider nicht da. Er hat gesagt, wie zukunftsorientiert der Haushalt sei und wie viel man in die Zukunft investiere. Dann hat er, wie er es so häufig tut, die Fakten weggelassen und die Kollegin Düker, die leider nicht anwesend sein

kann, angegriffen. Er hat dann gesagt: Aber die Investitionsquote steigt. – Ich nehme an, auch Herr Löttgen hat die Mittelfristige Finanzplanung gelesen und festgestellt: Die Investitionsquote sinkt von 10,3 % auf 9,9 %. Das ist die Planung dieser Landesregierung: nicht mehr Zukunftsinvestitionen, die wir brauchen, sondern weniger Zukunftsinvestitionen. Das ist Ihr Programm, und damit lassen Sie das Land im Stich.

Es wird mit diesem Haushalt und mit Ihrem Umgang mit dem Rettungsschirm sehr deutlich, dass es Ihnen bei Ihrer Politik nur noch um eines geht, nämlich um den Machterhalt und um nichts anderes. Sie verzichten auf jeden Gestaltungsanspruch und verzichten darauf, den Menschen in diesem Land die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Wir werden das nicht zulassen. Wir werden Ihnen klare Alternativen auf den Tisch legen. Ich bin gespannt, ob Sie diese wieder, wie so oft auch beim Rettungsschirm, ohne jeden Kommentar ablehnen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Zimkeit. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung, und zwar über die **Überweisung des Haushaltsgesetzes 2021**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs **Drucksache 17/11100 sowie der Finanzplanung Drucksache 17/11101** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die **Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal** erfolgt. Wer ist dagegen, so zu überweisen? – Niemand. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen haben wir nicht. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

2 Zusätzliche Kinderkrankentage auch für Beamtinnen und Beamte des Landes Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11161

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Blöming das Wort für die CDU-Fraktion. Bitte schön.